



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1918

13.02.1918 - 1. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 15. Februar 1918.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Ächelis, Ed.	Frese, Emil
Adam, C., jun.	Friß, G.
Alfes, Fr.	Gildemeister, Dr. jur.
Böhmert, Dr. phil.	Heumann, H.
Bohnenkamp, Chr.	Hütterott, C.
Brasch, Herm.	Jacobi, C. A.
Brinckmann, A.	Kirbitz, Diedr.
Claussen, Staatsbaurat.	Kohls, P.
Franke, Friß.	Lahusen, H.
Franke, J. Aug.	Liesau, Dr. med.

Logemann, Fr.	Rasch, Bernh.
Löwe, R.	Sager, H.
Madtstedt, R.	Schierenbeck, Ludw.
Meyer, H.	Strube, Dr. jur.
Mundhente, A.	Struckmann, Helmr.
Rebelthau, Aug. G.	Tietjen, Dan.
Rappier, Fr.	v. Uebel, F.
Plath, Ad.	Wuppesahl, H. A.
Probst, Prof.	

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Wahl des Geschäftsvorstandes und eventuell Ergänzung des Bürgeramts	3	VII. Mitteilung des Senats vom 25. Januar 1918: 1. Wahlen zur Kammer für Kleinhandel	5
II. Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 1917: 2. Schätzungskommission für die Grundsteuer	4	VIII. Mitteilung des Senats vom 29. Januar 1918: Bermächtnis H. Adolf Lademann	5
III. Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 1917: 1. Firmen- und Gewerbesteuer. Verlängerung der Amtszeit der Vertrauensmänner	4	IX. Mitteilung des Senats vom 5. Februar 1918: 1. Erwerb von Grabstellen durch juristische Personen	5
2. Aufnahme der Stellen der Lehrpersonen des Städtischen Lyzeums mit Studienanstalt in das Verzeichnis der ruhegehaltberechtigten Beamten und der Stellen des Schuldieners und des Heizers in das Verzeichnis der jahrgeldberechtigten Angestellten	4	2. Haushaltsplan der Stadtbremischen Armenpflege für das Rechnungsjahr 1918	6
IV. Mitteilung des Senats vom 28. Dezember 1917: 2. Regulierung vor dem Fernsprechgebäude an der Friedrich-Karlstraße, Ecke Bismarckstraße	4	X. Mitteilung des Senats vom 28. Dezember 1917: 1. Umbau der Schule an der Kirchenallee für die Zwecke der Gewerblichen Fortbildungsschule	6
3. Aufschließung von Staatsgelände	5	XI. Mitteilung des Senats vom 8. Februar 1918: Errichtung eines Heimes für Jugendliche	6
V. Mitteilung des Senats vom 15. Januar 1918: Vaterländischer Hilfsdienst der Jugendlichen in Bremen im Sommer 1917	5	XII. Mitteilung des Senats vom 18. Januar 1918: Erster Bericht der Deputation wegen des Wohnungs- und Siedelungswesens	12
VI. Mitteilung des Senats vom 22. Januar 1918: Abänderung der Verfassung der Städte Begegnung und Bremerhaven	5	XIII. Antrag, betreffend Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, die Lätialität der Verfassungsdeputation und eine gleichmäßigere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. (N. z. Verh. gef.)	

Verhandelt Seite

Verhandelt Seite

- XIV. Mitteilung des Senats vom 19. Januar 1918:
Jahresberichte in betreff des Schulwesens
für das Jahr 1916/17. (N. 3. Verh. gef.)
- XV. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1913:
4. Aenderung der Hinterlegungsordnung und des
Ausführungsgegesetzes zum Deutschen Gerichts-
kostengesetz. (N. 3. Verh. gef.)
- XVI. Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 1915:
1. Feuerversicherung von Staatseigentum.
(N. 3. Verh. gef.)
- XVII. Antrag, betreffend Zeit des Predigerunterrichts.
(N. 3. Verh. gef.)

- XVIII. Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 1909
und dritter Bericht der Kommission, Nr. 2:
Neubau eines Gerichts- und Amtsgefängnisses
in Bremerhaven. (N. 3. Verh. gef.)
- XIX. Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1918:
1. Straßenbahnarten für Beamte und Angestellte.
2. Nachbewilligung auf Allgemeine Ausrüstungs-
kosten, Spezialbudget Nr. 58.
3. Nachbewilligung auf Positionen der Haushalts-
pläne Nr. 112 Friedhöfe, und Nr. 113,
Krematorium. (N. 3. Verh. gef.)
- XX. Mitteilung des Senats vom 11. Februar 1918:
Budget für das Rechnungsjahr 1918.
(N. 3. Verh. gef.)

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 15 Minuten.

Präsident: Meine sehr geehrten Herren! Zu meinem lebhaften Bedauern habe ich Ihnen mitzuteilen, daß Herr Vizepräsident Garde aus Gesundheitsrücksichten seinen Austritt aus der Bürgerschaft erklärt hat. Herr Garde hat der Bürgerschaft seit Januar 1891, also volle 27 Jahre angehört. Er war seit 1897 Mitglied des Bürgeramts, von Januar 1900 bis 1915 Schriftführer und seitdem Vizepräsident der Bürgerschaft. Was er im übrigen im Plenum und in zahlreichen Deputationen und Kommissionen geleistet hat, ist Ihnen bekannt. Er war zweifellos einer unserer gewissenhaftesten Mitarbeiter und hat sich durch sein lebenswürdiges Wesen die allgemeine Zuneigung und durch seine Charaktereigenschaften die Hochachtung, auch seiner politischen Gegner, erworben. Ich glaube in Ihrer aller Sinn zu handeln, wenn ich Herrn Garde, der sein Amt nicht mehr so wahrnehmen zu können glaubt, wie er es in seiner Gewissenhaftigkeit für nötig hält, und der deshalb von uns Abschied genommen hat, von dieser Stelle aus für seine langjährige uneigennütige, dem Staate gewidmete Tätigkeit aufrichtigen Dank sage und damit die Hoffnung verbinde, daß es Herrn Garde vergönnt sein möge, noch manches Jahr die bürgerschaftlichen Arbeiten, denen er beinahe drei Jahrzehnte seines Lebens gewidmet hat, mit dem bisherigen Interesse zu verfolgen. (Bravo!)

Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Zu Senatskommissaren sind bestellt für die Verhandlungen,
betreffend Erster Bericht der Deputation wegen des Wohnungs- und Siedelungswesens, die Herren Bürgermeister Hildebrand und Senator Feuß.

betreffend Umbau der Schule an der Kirchenallee für die Zwecke der Gewerblichen Fortbildungsschule, Herr Senator Feuß, dem Herr Staatsbaurat Knop beigeordnet ist,

betreffend Haushaltsplan der Stadtbremischen Armenpflege für das Rechnungsjahr 1918, Herr Senator Feuß, dem Herr Regierungsrat Dr. Meyer beigeordnet ist,

betreffend Errichtung eines Heimes für Jugendliche, Herr Senator Feuß,

betreffend Erwerb von Grabstellen durch juristische Personen, Herr Senator Dr. Kirchhoff.

Der Bürgerschaft sind folgende Anträge zugegangen:

1. ein Antrag des Herrn Rhein, der genügend unterstützt ist und bereits unter XIII auf der Tagesordnung steht:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, durch seinen Bundesratsvertreter nach Möglichkeit auf die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, der den Beschlüssen der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 entspricht, hinzuwirken.

Des weiteren ersucht die Bürgerschaft den Senat, im Interesse der inneren Geschlossenheit der Bevölkerung die Verfassungsdeputation zu einer beschleunigten Beratung anzuhalten, insbesondere aber sie zu veranlassen, über die Frage des Wahlrechts zur Bürgerschaft baldmöglichst vorab zu berichten, sowie die Vertraulichkeit der Beratungen über die Verfassungsreform aufzuheben.

Schließlich erwartet die Bürgerschaft vom Senat, daß er bereit ist, durch seine Vertreter bei den maßgebenden Reichsbehörden auf eine möglichste Erfassung aller Lebensmittelbestände

in den Produktionsgebieten wie in den Handelslagern zum Zwecke einer gleichmäßigen Verteilung an alle Bevölkerungskreise und auf eine scharfe Bekämpfung des Schleichhandels und jedweden Wuchers hinzuwirken.

2. ein Antrag des Herrn Henke, der noch nicht unterstützt ist:

Die Bürgerschaft bedauert es, daß ein Mitglied des Senats abgelehnt hat, eine Deputation der kürzlich streikenden Arbeiter zwecks Entgegennahme von deren Wünschen zu empfangen. Sie erwartet, daß bei künftigen ähnlichen Anlässen der bremische Senat und jedes einzelne seiner Mitglieder sich mindestens so entgegenkommend verhalten werden, wie Mitglieder der Senate von Hamburg und Lübeck oder die Behörden anderer deutscher Städte sich im gleichen Falle verhalten haben.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Zur Geschäftsordnung

Herr Hormann: Herr Präsident! Ich beantrage, zu den Verhandlungen über den Antrag Henke kommissarische Vertretung des Senats.

Präsident: Wünscht jemand zu diesem Antrage Herrmann das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß die Bürgerschaft sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt.

Das ist beschlossen.

Sodann ist folgender genügend unterstützter Antrag des Herrn Richter Castendyk eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Revision der Bauordnung zu beauftragen, schleunigst darüber zu beraten und zu berichten, ob es sich empfiehlt, um den Bau von Kleinwohnungen in den nächsten Jahren nach dem Kriege zu fördern, ein Notstandsgesetz zu erlassen und eventuell ein solches Gesetz zu beantragen.

Herr Richter Castendyk hat mir mitgeteilt, daß er für den Fall, daß sein Antrag nicht bei der Vorlage über das Wohnungs- und Siedlungswesen zur Verhandlung kommen sollte, die Dringlichkeit beantragen wolle. Ich werde darauf eventuell zurückkommen.

Der Deutsche Schulschiff-Verein hat uns seinen Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 zugehen lassen.

Die Behörde für Fahrwegs Asyl hat mitgeteilt, daß die Dienstzeit des Mitgliedes der Behörde, des Herrn Konsul Karl August Gottfried Menge-Plump

mit Ende vorigen Monats abgelaufen und Herr Menge-Plump bereit sei, eine Wiederwahl anzunehmen. Die Wahl hat für sechs Jahre, also bis Ende 1923, zu erfolgen. Darf ich annehmen, daß die Bürgerschaft Herrn Menge-Plump wiederwählen will? Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Sodann hat die Inspektion der vereinigten drei Stifter mitgeteilt, daß die Amtsdauer des Herrn Johannes Wieting als Mitglied der Administration des St. Elisabethenstiftes mit dem 31. Dezember 1916 geendet habe, eine Wiederwahl sei nicht erfolgt. Am 31. Dezember 1917 habe die Amtsdauer des Herrn Carl Blome, hinsichtlich der Administration des St. Katharinenstiftes geendet. Beide Herren seien zur Annahme einer Wiederwahl bereit. Es wird gebeten, Herrn Wieting für die Jahre 1917 bis 1922, Herrn Blome für die Jahre 1918 bis 1923 wiederzuwählen. Ich darf annehmen, wenn ich keinen Widerspruch höre, daß meine Herren damit einverstanden sind. Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Nr. I der Tagesordnung:

Wahl des Geschäftsvorstandes und eventuell Ergänzung des Bürgeramts.

Präsident: Wir haben zuerst den Präsidenten zu wählen.

Herr Dr. Feldmann: Ich erlaube mir, die Wiederwahl des bisherigen bewährten Präsidenten Herrn Dr. Quidde durch Zurf in Vorschlag zu bringen und bitte die Bürgerschaft, meinem Vorschlage beizutreten. (Zustimmung.)

Präsident: Ich frage, ob weitere Vorschläge erfolgen.

Das geschieht nicht.

Präsident: Ich frage weiter, ob Widerspruch gegen die Wahl durch Zurf erfolgt.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Präsident: Dann nehme ich die Wahl mit herzlichem Danke an und werde mich bemühen, Ihr Vertrauen durch eine gewissenhafte Führung der Geschäfte und eine unparteiische Leitung der Verhandlungen zu rechtfertigen. (Bravo!)

Wahl der Vizepräsidenten.

Herr Dr. Feldmann: Ich erlaube mir, die Wiederwahl von Herrn Direktor Krug vorzuschlagen und bitte für den ausgeschiedenen Herrn Garde Herrn Stichnath zum Vizepräsidenten, beide Herren durch Zurf zu wählen. (Unterstützt.)

Herr Blome: Ich schlage Herrn Rhein vor. (Unterstützt.)

Herr Formann (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, Herrn Krug durch Zuzuf und für Herrn Garde ein neues Mitglied durch Zettelwahl zu wählen.

Herr Präsident: Sind meine Herren damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist das beschlossen und Herr Krug zum Vizepräsidenten gewählt. — Der Wahlaussatz für die noch erforderliche Vizepräsidentenwahl lautet:

1. Stichnath,
2. Rhein.

Präsident: Es erhielten Stimmen: 1: 68, 2: 16. Danach ist Herr Stichnath gewählt.

Herr Stichnath: Herr Präsident! meine geehrten Herren! Ich danke für das Vertrauen, welches Sie mir eben geschenkt haben, und werde bestrebt sein, durch gewissenhafte und pünktliche Pflichterfüllung dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Wahl der Schriftführer.

Herr Dr. Feldmann: Ich erlaube mir, die bisherigen Schriftführer, die Herren Syndikus Köfing (1), Schierenbeck (2), Fr. Franke (3), Präsident Hobelmann (4), wieder in Vorschlag zu bringen.

Herr Blome: Ich schlage (5) Herrn Wellmann vor.

Präsident: Während das Ergebnis festgestellt wird, bitte ich die Klasse 4, anstelle von Herrn Stichnath ein neues Mitglied in das Bürgeramt zu wählen. Ich bitte um Vorschläge.

Herr Dr. Feldmann: Ich erlaube mir, Herrn Busch vorzuschlagen. (Unterstützt.)

Herr Blome: Ich schlage Herrn Waigand vor. (Unterstützt.)

Präsident: Der Wahlaussatz lautet:

1. Busch,
2. Waigand.

Präsident: Bei der Wahl der Schriftführer sind 89 Stimmzettel abgegeben, von denen zwei nach § 58 der Geschäftsordnung ungültig sind, weil sie nicht die genügende Anzahl von Nummern tragen.

Es erhielten Stimmen:

- 1: 87, 2: 74, 3: 83, 4: 86 und 5: 18.

Danach sind gewählt die Herren Syndikus Köfing, Schierenbeck, Fr. Franke, und Präsident Hobelmann.

In das Bürgeramt ist für Herrn Stichnath Herr Busch gewählt.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 14. Dezbr. 1917:

2. Schätzungskommission für die Grundsteuer.

Präsident: Herr Knief hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Gesetze: Amtliche Schätzung von Grundstücken und Versicherung von Gebäuden vom 9. Juli 1915 anstelle der Schätzungskommission die Schätzungsbehörde getreten ist. Es scheint, daß insofern ein Versehen der Steuerdeputation vorliegt. Zu wählen sind jetzt drei Herren, ein landwirtschaftliches Mitglied, ein Baufachverständiger und ein drittes Mitglied. Zur Zeit sind Mitglieder die Herren Depken, Busch und Blanke, die wieder wählbar sind.

Herr Formann: Ich bitte, die drei genannten Herren durch Zuzuf wiederzuwählen.

Präsident: Sind meine Herren hiermit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch.

Die Herren sind durch Zuzuf wiedergewählt.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 18. Dezbr. 1917:

1. Firmen- und Gewerbesteuer, Verlängerung der Amtszeit der Vertrauensmänner.

Herr Richter Dr. Abegg: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Das Gesetz wird angenommen.

2. Aufnahme der Stellen der Lehrpersonen des Städtischen Lyzeums mit Studienanstalt in das Verzeichnis der ruhegehaltberechtigten Beamten und der Stellen des Schuldieners und des Heizers in das Verzeichnis der jahrgeldberechtigten Angestellten.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 28. Dezbr. 1917:

2. Regulierung vor dem Fernsprechegebäude an der Friedrich-Karlstraße, Ecke Bismarckstraße.

Herr Richter Dr. Abegg: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Die Bürgerschaft stimmt zu.

3. Aufschließung von Staatsgelände.

Präsident: Wenn wir die Mitteilung dankend zur Kenntnis nehmen, ist der Beschluß vom 27. Mai 1914 erledigt.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Präsident: Wir nehmen die Mitteilung dankend entgegen und erklären den Beschluß vom 27. Mai 1914 für erledigt.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 1918: Vaterländischer Hilfsdienst der Jugendlichen in Bremen im Sommer 1917.

Der Bericht wird dankend entgegengenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 1918:

Abänderung der Verfassung der Städte Vegeßack und Bremerhaven.

Herr Richter Dr. Abegg: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Herr Stadtdirektor Becké: Als vor zwei Jahren die Bürgerschaft sich zuletzt mit diesem Gegenstande befaßte, wurde — soweit ich mich entsinne — einstimmig ein Antrag angenommen, der die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf beantragte und gleichzeitig die Erwartung aussprach, den Senat bis zum 1. September 1917 der Bürgerschaft einen Bericht zugehen ließe über den Stand der Angelegenheit. Trotz dieses einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft ist ein solcher Bericht nicht erteilt worden. Wir haben von Bremerhaven im Januar 1917 den Senat daran erinnert und haben vom Herrn Senatskommissar den Bescheid bekommen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Frist innegehalten werden würde. Trotz dieser neuen Inanspruchstellung des Berichtes ist derselbe bis jetzt nicht erstattet worden. Ich hoffe, daß die Zusage, welche der Senat in seiner neuen Vorlage gibt, daß baldigst, voraussichtlich noch im Februar, der Bericht über diese vor acht Jahren von den städtischen Kollegien der Hafenstädte beschlossenen Gesetzentwurf, der Bürgerschaft zugehen wird, sich erfüllt. Wir sind heute in der Notlage und müssen zustimmen. Ich bitte daher im Namen der Vertreter der Hafenstädte, die Zustimmung zur heutigen Vorlage zu erklären.

Die Bürgerschaft spricht ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf aus.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 25. Januar 1918:

1. Wahlen zur Kammer für Kleinhandel.

Herr Richter Dr. Abegg: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Das Gesetz wird angenommen.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 1918:

Vermächtnis H. Adolf Lackemann.

Präsident: Die Deputation hat das Vermächtnis von 15 000 M. angenommen. Ich nehme an, daß, wenn keine Anträge gestellt werden, die Bürgerschaft zustimmt und sich dem Dank der Deputation anschließt.

Es meldet sich niemand.

Präsident: Dann ist das beschloffen.

Nr. IX der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 1918:

1. Erwerb von Grabstellen durch juristische Personen.

Senatskommissar: Herr Senator Dr. Kirchhoff.

Herr Richter Dr. Abegg: Herr Präsident! Die Juristische Kommission schlägt einige geringe Änderungen der Vorlage vor, die rein redaktioneller Art sind und dahin gehen:

Artikel 2 erhält folgende Fassung:

In § 10 wird

1. in Absatz 1 Zeile 1 zwischen den Wörtern „nicht“ und „benutzt“ eingeschoben:
„zu einer Bestattung“
2. dem Absatz 1 als zweiter Satz hinzugefügt:
wenn bereits beigelegte Leichen oder Leichenteile in ein anderes Grab überführt werden, so werden für diese Benutzung die 30 Jahre von der früheren Bestattung an gerechnet.
3. in Absatz 2 Zeile 1 statt „dieser Gebühr“ gesagt:
„der Prolongationsgebühr“
4. als Absatz 4 hinzugefügt:
Juristische Personen haben alle dreißig Jahre die Prolongationsgebühr zu entrichten.

Herr Waigand: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte an die Friedhofsdeputation die Anfrage

richten, warum auf dem Buntentorsfriedhof keine roten Schleifen auf die Gräber gelegt werden dürfen. Der Buntentorsfriedhof ist Privateigentum. Wenn wir Sozialdemokraten auf Gräber von Verstorbenen Kränze mit einer roten Schleife niederlegen, so wird uns gesagt: Rote Schleifen dürfen nicht auf das Grab gelegt werden, die werden entweder eingekühlt oder weggenommen. Die Besitzer des Friedhofs sind, wenn ich nicht irre, größere Landbesitzer. Ob sie wirklich eine so große Angst vor roten Schleifen haben, daß sie glauben, sie beseitigen zu müssen, weiß ich nicht. Aber nicht einmal alle Ochsen haben vor roten Schleifen solche Angst wie manche Leute. Deshalb möchte ich die Friedhofsdeputation bitten, bei der Verwaltung des Friedhofs doch einmal dafür zu sorgen, daß alle Schleifen gleich behandelt werden, mögen es schwarz-weiß-rote oder weiße oder rote Schleifen sein. Das halte ich für nicht mehr als recht und billig. Rote Schleifen müssen auch auf einem Grabe liegen bleiben.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Kirchhoff: Mit dem Antrage der Juristischen Kommission kann ich mich einverstanden erklären.

Was die Antrage des Herrn Waigand betrifft, so bin ich nicht unterrichtet. Ich werde aber der Sache nachgehen und eventuell eine Äußerung darüber Herrn Waigand zukommen lassen.

Präsident: Ich nehme an, daß meine Herren keine Spezialdebatte über die zwei Artikel des kleinen Gesetzes wünschen und auch damit einverstanden sind, daß wir über den Gesetzentwurf in der von der Juristischen Kommission vorgeschlagenen Fassung und den Antrag 2 zusammen abstimmen. Ich höre keinen Widerspruch.

Die Anträge der Deputation werden, und zwar der Gesetzentwurf nach den Vorschlägen der Juristischen Kommission, angenommen.

2. Haushaltsplan der Stadtbremischen Armenpflege für das Rechnungsjahr 1918.

Senatskommissar: Herr Senator Feuß, dessen Beigeordneter Herr Regierungsrat Dr. Meyer.

Herr Krug: Die Budgetkommission hat sich mit der Vorlage beschäftigt und empfiehlt der Bürgerschaft die Annahme derselben.

Der Haushaltsplan wird genehmigt.

Nr. X der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 28. Dezbr. 1917:

1. Umbau der Schule an der Kirchenallee für die Zwecke der Gewerblichen Fortbildungsschule.

Senatskommissar: Herr Senator Feuß.

Herr Hagemeyer: Ich bitte für die Baukommission um Aussetzung des Gegenstandes.

Der Antrag auf Aussetzung wird angenommen.

Nr. XI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 1918:

Errichtung eines Heimes für Jugendliche.

Senatskommissar: Herr Senator Feuß.

Herr Krug: Auch mit dieser Vorlage hat sich die Budgetkommission beschäftigt und empfiehlt der Bürgerschaft dieselbe zur Annahme.

Herr Waigand: Herr Präsident! Meine Herren! Mit der Vorlage können wir uns im allgemeinen einverstanden erklären, nur hätten wir gewünscht, daß die Strafsachen gegen die Jugendlichen näher zum Ausdruck gekommen wären. Wir sind der Meinung, daß die Ursache, daß so viele Strafen verhängt werden, auf die Not zurückzuführen ist, die im Volke herrscht, namentlich die Nahrungsmittelbstahl. Denken Sie daran, daß die Soldaten, die draußen im Kriege stehen, nicht imstande sind, die Erziehung ihrer Kinder zu leiten. Wenn sie zurückkommen und sünden, daß ihre Kinder, weder durch die Schuld der Kinder noch durch ihr eigenes Verschulden, der Fürsorgeerziehung überwiesen sind, so empfinden sie das als eine sehr schwere Strafe. Wir erkennen an, daß die Vorlage sagt, daß diese Einrichtung getroffen werden soll, um die Fürsorgeerziehung zu verhindern. Wir wünschen nur, daß davon reichlich Gebrauch gemacht werde, damit möglichst verhütet werde, daß Kinder in Fürsorgeerziehung kommen. Leider ist die heutige Einrichtung so, daß, wenn Kinder eine Strafe erhalten haben, den Kindern diese Strafe, solange sie leben, in den Akten nachfolgt. Bei irgend einem Ansuchen werden die Akten hervorgeholt, durch die der Betreffende für sein ganzes Leben lang gekennzeichnet ist. Es wäre zu erwägen, ob nicht auch Vorsorge getroffen werden kann, daß für diese Kinder die aktenmäßige Einzeichnung unterbleibt, damit sie nicht in ihrem Fortkommen ungeheuer gehindert werden.

Des weiteren glauben wir, daß diese Einrichtung recht klein ist, da nur 30 Betten vorgesehen sind und insolgedessen die Verwaltung doch recht teuer ist. Wenn wir die Aufstellung ansehen, so finden wir, daß für die kleine Anstalt ein ziemlich großer Apparat nötig ist. Dabei finden wir, daß für den Vorsteher ein Gehalt von 4800 bis 6300 M. eingesetzt ist. Es besteht bei uns die Befürchtung, daß der Vorsteher vielleicht ein Theologe sein wird, daß irgend ein Pastor die Leitung übernehmen soll. Man huldigt ja in Bremen überhaupt gern der Tendenz, die Fürsorge-

erziehung und überhaupt die Erziehung mehr und mehr in die Hände von Theologen zu legen. Wir hätten lieber gesehen, wenn ein Mann, der pädagogisch erfahren ist, ein Lehrer, die Stelle bekommen würde, daß nach pädagogischen und nicht nach religiösen Grundsätzen gehandelt würde. Gerade in der Kriegszeit fällt es sehr auf, daß die Geistlichkeit, besonders die orthodoxe Geistlichkeit in Bremen es ist, die dazu berufen scheint, die Welt zu bessern. Wir wissen ja nicht, ob das bei dieser Anstalt auch so gedacht ist. Wenn aber eine Theologe dazu berufen werden sollte, so würde das den Widerspruch vieler Eltern erfahren. Deshalb möchte ich Aufklärung darüber haben, ob, entsprechend unseren Wünschen, ein Lehrer angestellt werden soll. Nur die erzieherische Seite, nicht die religiöse sollte in Betracht gezogen werden.

Herr Knieß: Herr Präsident! Meine Herren! Gegen die Vorlage selbst habe ich nichts einzuwenden. Ich halte auch die Bedenken des Herrn Waigand nicht für zutreffend. Denn nach dem ausgeworfenen Gehalt — dem Gehalt eines Schulvorstehers — ist jedenfalls ein Pädagoge dafür in Aussicht genommen.

Etwas anderes ist mir aufgefallen. Es soll ein Erziehungsgehilfe angestellt werden mit einem Gehalt von 1900—2800 M. Das ist der Gehaltssatz der bremischen Kanzleigehilfen, also von mittleren Beamten. Dieses Gehalt halte ich auch für durchaus angemessen. Von diesem Gehalt wird nun ein Abzug von 1200 M für Wohnung, Licht, Feuerung und Verpflegung gemacht. Auch das halte ich für angemessen für den Erziehungsgehilfen, der anscheinend ein Junggehilfe sein wird. Wenn der sich aber verheiratet, dann müßte sich der abzusetzende Betrag ändern, weil die Familie, die Angehörigen dazu kommen. Nach der Vorlage soll in diesem Falle aber eine Haushaltszulage gewährt werden, während der Abzug meines Erachtens umgekehrt größer sein müßte. Durch das Verfahren, das eingeschlagen werden soll, wird das System der Beamtenbesoldung durchbrochen. Wir haben bisher keine Beamten — es handelt sich hier um jahrgeldberechtigte — bei denen für den Fall der Verheiratung eine Extrazulage gegeben wird. Ich halte das für bedenklich, und ich hoffe, daß der Herr Senatskommissar uns Auskunft darüber geben wird, warum in diesem Falle so vorgegangen werden soll, sonst aber nicht.

Herr Richter von Sreckelsen: Herr Präsident! Meine Herren! Mit Herrn Waigand habe ich Bedenken, ob das Heim ausreichend ist, um die Fürsorgezöglinge unterzubringen. Vielleicht wird der Herr Senatskommissar sich darüber äußern. Im übrigen halte ich die Vorlage für durchaus notwendig und hoffe, daß sie angenommen wird. Bedenken habe ich nur in dem einen Punkt, daß in dem Jugendheim auch eine Uebergangsstation sein soll für Haltekinder, die nicht in Zwangserziehung sind. Bedenken habe ich insofern, als es sich dabei überwiegend um Kinder

handelt, die in keiner Weise bescholten sind, wie man es von den Fürsorgezöglingen zum Teil annehmen muß. Ich halte es nicht für richtig, daß man derartige Kinder mit Fürsorgezöglingen in einer kleinen Anstalt zusammenbringt, wo die Gefahr besteht, daß diese Kinder von den Fürsorgezöglingen in schlechtem Sinne beeinflusst werden. Ich möchte den Herrn Senatskommissar bitten, uns darüber aufzuklären, wie das im einzelnen gedacht ist.

Senatskommissar Herr Senator Feuß: Herr Präsident! Ich bitte, mir zu gestatten, die Ausführungen, die gemacht sind, der Reihe nach zu beantworten.

Herr Waigand ist der Meinung, daß die Beurteilung der Jugendlichen zum allergrößten Teile auf die wirtschaftliche Not zurückzuführen sei. Ich wünschte, Herr Waigand hätte das Kapitel nicht angeschnitten; denn das zwingt mich, hier leider in der Öffentlichkeit zu erklären, daß das nicht der Fall ist, sondern daß die Jugendlichen vielfach aus anderen Gründen verurteilt werden und daß nicht nur die wirtschaftliche Not die Ursache der Beurteilungen ist. Wie gesagt, ich hätte mir gern diese Bemerkung erspart.

Zweitens, was die Akten anbetrifft, so bin ich der Ansicht, daß durch die Akten des Jugendamts nicht das Unheil eintreten wird, das Herr Waigand fürchtet. Wenn bei einem Jugendlichen auf Fürsorgeerziehung erkannt wird, und die Fürsorgeerziehung nützt ihm, der Zögling trägt sich nachher gut, dann wird kein Mensch auf die Akten zurückgreifen. Dafür wird gesorgt werden.

In bezug auf die Größe der Anstalt habe ich selbstverständlich den Wunsch, daß sie weit größer angelegt würde, und es hat auch ein umfangreicherer Plan vorgelegen. Aber die Verhältnisse der Zeit zwingen mich, nur das Allernotwendigste der Bürgerschaft und dem Senat zur Genehmigung vorzulegen. Die Behörde würde nämlich die Bauerlaubnis für ein größeres Heim nicht erhalten, wenn es sich um einen Umbau oder um die Errichtung eines neuen Heims handelte. Beides würde nicht möglich sein. Das Haus, das hier zur Verfügung gestellt wird, kann mit ganz geringfügigen Änderungen in Benutzung genommen und dem Zwecke nutzbar gemacht werden.

Dann der Vorsteher. Herr Waigand fürchtet, daß die Besetzung nach anderen als lediglich nach den Rücksichten erfolgen könnte, für die Besetzung einer derartigen Stelle maßgebend sein müssen. Wenn Herr Waigand nur etwas mehr Geduld gehabt hätte, würde er die Anzeige, in der Bewerber aufgefordert werden, ihre Bewerbung einzureichen, gelesen haben. Die Anzeige wird übermorgen oder am übernächsten Tage erscheinen. Er würde gelesen haben, daß Voraussetzung pädagogische und psychologische Vorbildung ist. Herr Knieß hat schon darauf hingewiesen, daß das Gehalt eines Schulvorstehers eingestellt ist. Das weist darauf hin, welche Anforderungen an den

Beamten des Jugendamts in erster Linie zu stellen sind. Selbstverständlich wird bei Besetzung einer derartigen Stelle nur Rücksicht genommen darauf, daß der tüchtigste Mann in den wichtigen Posten eingesetzt wird. Ferner wird von dem Leiter des Jugendheims ein gewisses Maß von landwirtschaftlichen Kenntnissen verlangt werden müssen, da er den landwirtschaftlichen Betrieb und die Viehhaltung zu überwachen hat. Diesen Anforderungen muß der Beamte genügen.

Auf die Ausführungen des Herrn Knief habe ich folgendes zu sagen. Es ist, wie richtig behauptet ist, für den Erziehungsgehilfen ein Gehalt, wie es die Kanzleigehilfen, mittlere Beamte, beziehen, eingestellt. Nach Abzug der Kosten für Wohnung, Licht, Feuerung und Verpflegung verbleiben 700 M. Wenn der Beamte sich im Laufe des Jahres verheiraten will, so kann ich das natürlich nicht hindern. (Sehr gut! Heiterkeit.) Wenn der Fall aber eintreten sollte, würde sich das Gehalt nicht auf 700 M beschränken können, sondern es müßte das volle Gehalt eintreten. Dazu muß ich die Mittel haben, und insofgedessen habe ich sie angefordert. Im übrigen wird der Beamte, sobald er sich verheiratet, nicht mehr im Heim verpflegt, sondern er hat in unmittelbarer Nähe sich eine neue Wohnung zu suchen. Er tritt in sein volles Gehalt ein, hat aber dafür die Kosten seiner Haushaltung selbst zu bestreiten. Herr Knief ist in einem Irrtum, wenn er meint, daß diese Verhältnisse keinen Vorgang im Staate hätten, vielmehr ist es bei den Pflögern im Krankenhause genau so eingerichtet.

Endlich in bezug auf die Haltekinder. Ich gebe zu, daß dieser Passus nicht scharf abgefaßt ist, er hätte etwas anders lauten sollen. Das wäre möglich gewesen, wenn eine kleine Einschaltung vorgenommen wäre. Es handelt sich nicht um alle Haltekinder, sondern nur um diejenigen, die an der Grenze stehen, bei denen man noch nicht genau weiß, ob Fürsorgeerziehung für sie erforderlich sein wird oder nicht. Es soll versucht werden, die Fürsorgeerziehung zu umgehen. Im übrigen aber handelt es sich um Verfehlungen, die bereits so sind, daß man immerhin für die Betroffenen die Fürsorgeerziehung anwenden könnte. Nur diese Kinder sollen das Heim als Durchgangsstation durchlaufen. Allerdings macht man häufig die Beobachtung, daß gerade in diesen Grenzfällen sich bei den Kindern eine gewisse körperliche Ungeschicklichkeit zeigt. Diese Ungeschicklichkeit muß überwunden werden. Und sie läßt sich überwinden durch systematische Anleitung. Die veränderten Verhältnisse, die Beschäftigung auf landwirtschaftlichem Gebiete usw. bringen oft die guten Anlagen wieder zur Entfaltung und lassen die Abirrungen verkümmern. Es handelt sich, wie gesagt, um Grenzfälle. Wir können allerdings nicht wissen, wie der Versuch ausfallen wird, aber er sollte gemacht werden.

Ich hoffe, damit die Anfragen beantwortet zu haben.

Herr Karrenberg: Ich bin mit Herrn Senator Feuß auch der Meinung, daß nicht so sehr die wirtschaftliche Notlage, sondern andere Gründe die erschrecklich hohe Zahl der Straffälle verursacht haben. Viele Kinder stehen heute im Kriege nicht unter der Zucht des Vaters, sondern in vielen Fällen nur unter der Erziehung der Mutter, und die Mutter ist vielfach am Tage nicht zuhause, sondern geht zum gewerblichen Erwerb aus. Darum müssen viele Kinder der Erziehung ermangeln, sie leiden Erziehungsnot. Die Schule kann nicht aushelfen, sie hat stark gelitten durch die Einziehung vieler Lehrer. Die Folge ist, daß der Einfluß der Schule sehr heruntergegangen ist, hauptsächlich deshalb, weil aus dem Lehrermangel sich die Notwendigkeit ergeben hat, die Zahl der Unterrichtsstunden zu vermindern. Also die Gelegenheit für die Kinder, sich auf der Straße herumzutreiben, ist dadurch vermehrt. Die Schüler entziehen sich heute vielfach der Schulzucht, daß sie die Schule schwänzen, und wir haben leider nicht die Mittel, diesem Unwesen zu steuern. Es kommt hinzu, daß die Einrichtung der Klassenlehrer — ein Lehrer, der mehrere Jahre eine Klasse führt, weiß, welche Zuchtmittel er anzuwenden hat — daß diese Einrichtung auch hinfällig geworden ist. Wir müssen uns zum Teil mit Hilfskräften begnügen, mit der Leitung von Klassen müssen zuweilen junge Damen beauftragt werden, die nicht der Aufgabe gewachsen sind. In den Mängeln der häuslichen und der Schulerziehung liegen meiner Meinung nach die Hauptgründe, daß wir eine Verwahrlosung der Jugend zu konstatieren haben. Es ist leider so schlimm, daß heutzutage manche heranwachsende Jungen sich vor unseren Augen zu Verbrechern entwickeln. Es gibt kleine Banden, woran man sieht, wie die Kinder von Tag zu Tag raffiniert werden. Es handelt sich für sie darum, sich auf irgend eine Weise Geld zu verschaffen; zum Beispiel, wie es wirklich vorgekommen ist, dadurch, daß sie mit der Straßenbahn nach dem Bahnhofe fahren und dann im Gedränge Geldtaschen rauben; daß sie dann Tags darauf in irgend einen Laden gehen, um bei der Gelegenheit zu stehlen. Das sind Tatsachen aus der Wirklichkeit, die erkennen lassen, wie schlimm die mangelnde Erziehung der Kinder wirkt. Es ist nicht allein die wirtschaftliche Not — gegen diese sucht man die unteren Stände doch zu schützen und hat viel auf diesem Gebiete getan — sondern es ist die Erziehungsnot, die die vielen Straffälle der Jugendlichen bewirkt.

Herr Knief: Die Ausführungen des Herrn Senatskommissars haben mich nicht überzeugt, wenn er sagt, daß nur 700 M verbleiben. Es bleibt dann zu berücksichtigen, daß der Beamte keine Wohnung, kein Licht, keine Feuerung und keine Verpflegung zu bezahlen hat. Die 700 M sind nur für Kleidung und

sonstige Bedürfnisse, die sind nicht in den 1200 M enthalten. Es ist doch logisch, daß, wenn der Mann sich verheiratet, diese 1200 M erhöht werden müßten. Es müßte noch mehr abgezogen werden, dagegen soll er eine Extrazulage haben. Die bekommen andere Beamten nicht, wenn sie heiraten. Von einem Antrage will ich aber absehen.

Herr Henke: Auch ich muß bemängeln, daß in dem Berichte, der uns gegeben ist, nicht angegeben wird, aus welchen Gründen die Verurteilungen erfolgt sind. Es heißt allgemein, daß die Verrohung und die Verwahrlosung im Laufe des Krieges zugekommen hätten. Das ist eine zu allgemeine, und deshalb unzulängliche Begründung. Aus welchen Ursachen die Bestrafungen haben eintreten müssen, darüber müssen die Mitglieder der Bürgerchaft unterrichtet sein. Es handelt sich um eine eminent wichtige Frage. Ich verstehe nicht, warum die Gründe nicht genannt sind. Es brauchen die Namen der Kinder und der Eltern nicht in der Öffentlichkeit genannt zu werden, aber die allgemeinen und die besonderen Ursachen müssen wir kennen. Wir können nicht der höheren Staatsweisheit, wenn sie auch verkörpert ist in Herrn Senator Feuß, allein vertrauen. Ob diese Staatsweisheit ausreichend ist, darüber sind auch wir befugt, ein Urteil abzugeben, und dazu sind wir hier. Wir können dann nachprüfen, ob die Mittel im Gesetze genügen oder ob sie durch andere Mittel zu ergänzen sind. Der Vorredner hat gemeint, es lägen Mängel der Erziehung vor, daß die Zucht der Kinder und die Schulzucht nicht so seien, wie sie früher waren. Das ist doch ein Beweis, daß wir recht gehabt haben, wenn wir früher von dieser Stelle aus darauf hingewiesen haben, wie unzulänglich die Fürsorge für die Kinder der ärmeren Bevölkerung seien. Man sieht, wie töricht und sozialpolitisch blind von Ihnen gehandelt wurde, daß Sie damals unsere Anträge abgelehnt haben. Also heraus damit, warum die Kinder bestraft worden sind: ich ersuche dringend darum. (Zuruf: Wir wollen es nicht wissen!)

Herr Waigand: Wir nehmen an, daß diese Anstalt, wie sie jetzt vom Staate geschaffen werden soll, in ihren Grundzügen richtig ist, nur müssen wir wissen, wie die Kinder dort behandelt werden. Herr Senator Feuß sagt, ich hätte mit meiner Anfrage warten sollen, dann hätte ich aus der Anzeige ersehen, in welcher bekannt gegeben würde, was von dem Leiter verlangt wird. Das ist ein Hinweis, daß ich alle Anzeigen lesen müsse. Ich muß sagen, in der Vorlage hätte es besser ausgesehen, wenn darin gestanden hätte, daß pädagogische und psychologische Gesichtspunkte bei der Anstellung ausschlaggebend sein würden. Dann wäre die Anfrage unterblieben, und ich wäre nicht zur Geduld ermahnt worden. Die Gründe zur Bestrafung der Jugendlichen, die Herr

Senator Feuß nicht nennen will, kennen wir im allgemeinen. (Na also!) Es ist die allgemeine Moral der Erwachsenen, die ganze gegenwärtige Gesellschaftsmoral, die auf die Jugend einwirkt. Wir können es tagtäglich lesen, daß Verordnungen von hohen Personen, von Leuten, von denen man es nicht erwarten sollte, übertreten werden. Die müssen auch in die Fürsorgeerziehung, respektive unter eine Leitung gestellt werden, um ihnen beizubringen, was Raison vor den Gesetzen und Achtung vor ihren Mitmenschen heißt. Die gesunkene Moral wirkt auf die Jugend, und die muß darunter leiden. Man muß Rücksicht mit den Jugendlichen nehmen, ihnen jede Möglichkeit geben, daß sie nicht in die Zwangserziehung hineinkommen. Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Kinder dort in solchen Anstalten mit schlecht veranlagten Charakteren zusammenkommen, und daß dies für viele gefährlich ist. Man weiß, mancher kommt schlechter wieder heraus, als er hineingegangen ist. Das liegt nicht allein am Umgange, sondern auch an der Erziehungsmethode. Wir meinen, daß die Kinder, wie es in einigen Anstalten geschieht, nicht durch rigorose Behandlung gebessert werden können. — Wenn Herr Senator Feuß sagt, er hätte gern eine größere Anstalt gehabt, so will ich ihm gerne glauben, daß das jetzt kaum möglich ist. Dies soll nur ein Anfang sein, und wir hoffen, daß, wenn die Verhältnisse sich ändern, die Anstalt sich auch in größerem Maße wird ausbauen lassen. Es ist Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Kinder entsprechend ihrer Veranlagung behandelt werden, daß der pädagogische Grundsatz ausschlaggebend ist. Wenn der Arbeitsunterricht eingeführt wird, so ist es gut, aber man darf nicht zuviel körperliche Arbeit verlangen, weil auch der Geist ausgebildet werden muß. In mancher Anstalt heißt es: Ihr müßt tüchtig arbeiten und euer Brot verdienen. Wenn dann die Zöglinge dazu neigen, aus der Anstalt herauszukommen, so kann man dies wohl verstehen.

Senatskommissar Herr Senator Feuß: Die letzten Ausführungen hätte Herr Waigand sich ersparen können, denn er muß doch bedenken, daß er dem Leiter des Jugendamtes nicht noch erst Belehrungen über pädagogische Maßnahmen zu geben braucht. Ich bezweifle sehr, daß er eine so gründliche pädagogische Ausbildung hat, wie ich sie berufsmäßig habe genießen müssen. Ich glaube eher sachverständig zu sein, als Herr Waigand. Die ganzen Ausführungen enthalten nichts als Selbstverständlichkeiten, die nicht erwähnt zu werden brauchen. Dann hat er gemeint, es hätte sich besser ausgenommen im Berichte, wenn hineingekommen wäre, welche Anforderungen an den Leiter zu stellen sind. Ich glaube, es hätte sich auch gut ausgenommen, wenn der Verwaltung des Jugendamtes etwas mehr Vertrauen entgegengebracht wäre (Sehr richtig!) und nicht angenommen würde, daß der Leiter des Jugendamtes allerhand Verfehrtheiten begehen würde.

Dann hat Herr Waigand sich verbreitet über die Ursachen der Verwahrlosung, und daraus klang heraus die Ansicht, daß der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das halte ich für absolut falsch. Ich halte ihn nicht nur für ein Produkt seiner geistigen, sondern auch seiner Charakterveranlagung. Das ist außerordentlich wichtig; denn auf Grund dieser Eigenschaften verstehen es die Menschen nicht selten, selbst schwierige Verhältnisse zu meistern. Wir haben dafür eine Fülle von Beispielen in unserem Volke. Ich muß lebhaften Protest dagegen erheben, daß die Verwahrlosung der Jugend hier in zu schwarzen Farben gehalten wird. Ich kann sagen, ich habe Jugendliche kennen gelernt, die während der Kriegszeit mit einem Feuereifer und Verständnis an ihre Arbeit gingen und sich bemühten, im Geschäfte ihre Pflicht zu erfüllen und hervorragende Beispiele von sittlicher Kraft unserer Jugend bilden. (Zuruf von links: Gar nichts Neues! Paar Jahre zu spät!) (Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Das will ich hier vor der Öffentlichkeit erklären. Aus demselben Grunde habe ich mich veranlaßt gesehen, nicht im einzelnen auszuführen, wodurch die jugendlichen Verfehlungen entstanden sind. Ich habe von der Bürgerschaft eine viel höhere Meinung als Herr Henke. Ich glaube, aus den Ausführungen, die im Berichte gegeben sind, wird die Bürgerschaft schon schließen können, was für Räte wir zu bekämpfen haben, und ich bin auch der Meinung, daß, wenn wir auf der vorgeschlagenen Bahn vorgehen, wir dann auch mit den Erscheinungen fertig werden, obgleich sie an sich zu beklagen sind.

Herr Waigand: Es hätte dem Herrn Senator auch nicht geschadet, wenn er gesagt hätte, es freue ihn, daß die Bürgerschaft an dieser Einrichtung soviel Interesse habe und Anfragen stelle. Er glaubt aber, weil er einmal Lehrer gewesen ist, daß er über allem erhaben sei. Ich will nicht sagen, daß alle Lehrer so sind, aber sehr viele der Herren glauben, daß andere nichts von der Erziehung verstanden. Wenn ich hier Kritik übe, so weise ich darauf hin, daß die Erfahrungen, die wir mit solchen Anstalten gemacht haben und die Berichte, die wir über solche Anstalten bekommen haben, uns Anlaß geben, unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Leute, die solche Anstalten leiten, manchmal mißleiten, glaubten auch Berufsvertreter zu sein und haben doch viele Mißgriffe gemacht. Wenn der Herr Senator nicht glauben kann, daß der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse ist, so erinnere ich daran, daß ein Mann, wie der englische Sozialist Robert Owen, der sich aus eigenen Kräften herausgearbeitet hat, schon vor 100 Jahren gesagt hat: Gebt mir zwölf Kinder aus den besten Familien und zwölf Kinder aus Whitechapel, dem Proletarierviertel Londons, die letzteren sollen in Bourgeoisfamilien, die ersteren in den Mietskasernen von Whitechapel auf-

wachsen, und wenn sie 18 Jahre alt sind, dann wollen wir sie einander gegenüberstellen. Wir werden sehen, daß die Kinder, die eine gute Ernährung und gute Erziehung gehabt haben, den anderen Kindern gleichen, die bei ihren Eltern und unter ähnlichen Verhältnissen herangewachsen sind, und die bei Proletariern waren, diesen gleichen, obgleich sie von sogenannten besseren Eltern abstammen. Und wenn Sie die Probe in Bremen machen wollen, so machen Sie sie mit zwölf Kindern aus dem Parkviertel und geben Sie sie nach dem Westen an die Familien der Zutepperei, und holen von dort zwölf Kinder nach dem Parkviertel. Die Charakteranlagen sind gewiß von Einfluß, aber die wirtschaftliche Not und die wirtschaftlichen Verhältnisse sind bei vielen so groß, daß sie zu Verbrehen verleiten können. Darüber wollen wir uns weiter nicht streiten. Daß die Jugendlichen in vielen Fällen — das können wir tagtäglich beobachten zu unserm Bedauern — daß die Kinder mit Arbeit überlastet werden, daß sie früher aus der Schule entlassen werden müssen und entlassen werden, um der wirtschaftlichen Not abzuwehren, das ist bei den Ärmern leider jetzt vielfach der Fall. Die Bessersituierten haben das nicht nötig. Wir wollen nicht von vornherein Mißtrauen gegen das Jugendheim aussprechen. Wenn der anzustellende Leiter der Anstalt ein kluger Mann ist, dann kann auch er aus den Verhandlungen in der Bürgerschaft über diese Anstalt etwas lernen. Aber es gibt auch Leute, die glauben, sie hätten die Klugheit mit dem Löffel gegessen; mit denen ist schlecht umzugehen.

Herr Henke: Wir werden selbstverständlich für fachmännische Aufsicht sein. Aber wenn, wie es wiederholt vorgekommen ist, die Dinge in der Weise beurteilt werden, wie es geschehen ist, so zeugt das von einem Mangel an richtiger Auffassung. Wenn wir uns mit dieser Frage beschäftigen, dann wissen wir, daß Erziehungsfragen auf das allergründlichste behandelt werden müssen. Auch andere Pädagogen aus dem bürgerlichen Lager haben in sozialistischer Hinsicht Großartiges geleistet, und wir Sozialdemokraten haben in unserer Literatur reichlich Gelegenheit, davon zu lernen, was man unter Erziehungsfragen versteht und wie man gesellschaftliche Fragen löst. Ich entsinne mich auch, daß ich nirgendwo Besseres gelesen habe über die Bedeutung der Mutter für die Kinder in Pestalozzis „Wie Gertrud ihre Kinder lehrt.“ In der Kriegszeit sehen wir aber gerade, wie die Mutter den Kindern genommen wird. Das sind wirtschaftliche Tatsachen, und wenn der Herr Senator das bestreiten will, dann bin ich gespannt auf seine Argumente. Das ist ein Grund, der für die Verwahrlosung spricht. Und wenn er meint, es kämen auch andere Gründe in Betracht, so hat er uns diese nicht genannt, er hat uns nur auf die Folter gespannt dadurch, daß er diese Gründe nicht genannt hat. Ich behaupte, das ist Geheimnisräumerei.

In andern gesetzgebenden Körperschaften, im Preussischen Landtage z. B. ist die Fürsorgeerziehung außerordentlich gründlich behandelt worden. Und da frage ich, weshalb uns die Gründe vorenthalten werden, die in andern gesetzgebenden Körperschaften eingehend erörtert worden sind. Wir haben ein Interesse daran, zu wissen, wie es in Bremen damit steht. Bremen hat spezielle Verhältnisse, besonders wenn ich an unsere Wohnungsverhältnisse denke. — Dann noch eins. Wir möchten auch die bremischen Verhältnisse kennen lernen, die dazu führen, ein solches Fürsorgeheim zu errichten, und ich kann mir nicht helfen, das ist eine Annäherung gegenüber den Bürgerchaftsmitgliedern, — da die Bürgerchaft doch eine gesetzgebende Körperschaft ist —, die durch nichts berechtigt ist. Ich für meine Person will mir eine solche Bevormundung nicht gefallen lassen. Ich verlange, daß alle Argumente genannt werden, damit auch der Arbeiter und seine Frau in der Lage sind, sie zu kennen. Ich habe gesagt, daß ich früher schon in Betracht kommende Forderungen gestellt habe. Manches hätte verhütet werden können, was man heute mit der Fürsorgeerziehung glaubt aus der Welt schaffen zu können, wenn den Forderungen entgegengekommen wäre. Es ist eine traurige Tatsache, daß Sie viele Kinder im Gefangenenhause haben unterbringen müssen. Dort werden sie nicht nur nicht gebessert, das beweist doch auch, daß der bremische Staat seine Pflichten gegenüber der Jugend nicht erfüllt hat. In dem Maße, wie allgemein in Bremen gewisse Strafdelikte infolge unserer Wohnverhältnisse zugenommen haben, erklärt sich zum Teil auch die Zunahme der Vergehen der Jugendlichen. Die Wohnungsfrage tritt hier in enge Beziehung mit der Erziehungsfrage, soweit sie der Staat und die Gemeinde zu lösen haben. Wir haben früher eine außerordentliche Fürsorge beantragt, und da hat man uns nicht geglaubt, und gemeint, mit gutem Rechte darüber hinweggehen zu können. Ich bitte nochmals den Herrn Senator, uns die Gründe zu nennen, die er so schamhaft verschweigt. Die Sache selbst kann nur gewinnen, wenn sie in der Öffentlichkeit genannt werden. Dann werden viele Arbeiter aufgeklärt werden; und die Frauen werden dann wissen, wie sie sich ihren Kindern gegenüber zu verhalten haben, um zu verhüten, daß ihre Kinder auf Abwege kommen.

Der Herr Senator hat gesagt, der Mensch sei das Produkt der Verhältnisse. Das hat mich merkwürdig berührt. Daß der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse sein soll, war schon häufiger von ihm gesagt worden. Wir wissen aber, daß nicht nur die Menschen das Produkt der Verhältnisse sind, sondern daß andererseits die Verhältnisse auch das Produkt der Menschen sind. Das Beispiel, welches der Herr Senatskommissar angab, ist nur eine oberflächliche Erklärung.

Präsident: Sie dürfen die Erklärung des Herrn Senatskommissars nicht oberflächlich nennen.

Herr Henke, fortfahrend: Wenn Sie sagen, daß die Charakterveranlagung der einzelnen in erster Linie der Grund zur Verwahrlosung sei und soziale und wirtschaftliche Verhältnisse nicht auf die Charakterveranlagung Einfluß ausüben, dann vergessen Sie, daß doch die Erziehung oder der Mangel daran ihren Einfluß auf die Charakterbildung ausübt, und daran, daß es an der richtigen Erziehung mangelt in der Schule und im Elternhause durch die Schuld des Staates und der Gesellschaft. Man schämt sich anscheinend aus irgendwelchen Gründen, uns die wahren Gründe der Bestrafung der Kinder zu nennen.

Herr Rhein: Ich kann auch nur über die Art, in welcher der Herr Senator vom hohen Piedestal des Leiters des Jugendamts geglaubt, die Bürgerchaft abkanzeln zu müssen, meine hohe Verwunderung aussprechen. Ich muß sagen, ich glaube, das hat die Bürgerchaft nicht verdient. Auch in solchen Fragen, in welchen sie nicht Fachmann ist, muß sie mitsprechen können, auch wenn ein Fachmann glaubt achselzuckend darüber hinweggehen zu können. Es ist auch nicht richtig, daß die bürgerchaftlichen Mitglieder solange Geduld haben sollen, bis die öffentliche Bekanntmachung erfolgt und dann erst erfährt, welcher Art der Leiter sein soll, der hier angestellt wird, sondern es ist ihr gutes Recht, eine solche Frage an den Herrn Senatskommissar zu stellen. Ich glaube, es ist ein großes Maß von Bescheidenheit, wenn lediglich Auskunft vom Senatstische verlangt wird. Ich glaube, das dürfte nicht vom Senatstische kritisiert werden, im Gegenteil, es wäre Pflicht, uns darüber von vornherein Auskunft zu geben. Auch bezüglich der Gründe zu den Bestrafungen kann ich mich mit der Ansicht des Herrn Senatskommissars nicht einverstanden erklären. Wenn er glaubt, in der Öffentlichkeit besonders mit Nachdruck betonen zu müssen, daß noch andere Gründe als Not vorliegen, dann hat er auch die Pflicht, ein bestimmtes Material der Öffentlichkeit vorzulegen, und dann sollte er die Sache nicht mit allgemeinen Bemerkungen abtun. Was Herr Karrenberg vorgetragen hat, zeigt, daß die wirtschaftliche Not der wesentliche Grund ist, warum die Diebstähle begangen werden, und dazu kommt, was Herr Waigand gesagt hat, daß die Moral der Erwachsenen, besonders die Moral in den besitzenden Kreisen, die sich während des Krieges so schön offenbart hat, ansteckend wirkt. Die Hauptsache ist doch die Not. Wir, die wir stetig mit der breiten Masse der Bevölkerung in Berührung stehen, sind wohl in der Lage, uns darüber ein Urteil zu bilden, besser vielleicht als der Leiter des Jugendamts, er hätte sich nicht auf das hohe Ross setzen sollen. Ich kann nur soviel sagen: es handelt sich um eine Frage von außerordentlicher Wichtigkeit, die sehr wohl von allen Seiten der Bürgerchaft besprochen und erörtert werden kann, um die verschiedenen Meinungen zu hören und Besserung eintreten zu lassen. In Wirk-

lichkeit wird auch durch die jetzt beantragte Einrichtung nichts außerordentliches geschaffen, sondern es handelt sich tatsächlich um einen Notstand, der schon seit einigen Jahren bestand, daß die Kinder im Polizeigefängnis untergebracht werden mußten, was ich in meiner Rede zur Generaldebatte des Budgets vor einigen Jahren bereits kritisiert habe. Wenn die Dinge so liegen, sollte man alle Ursache haben, dafür dankbar zu sein, wenn die gesamte Bürgerschaft, einschließlich uns, sich bereit erklärt, für Abhilfe zu sorgen.

Präsident: Herr Rhein, ich kann nicht zugeben, daß Mitglieder der Bürgerschaft vom Herrn Senatskommissar abgekanzelt worden sind.

Herr Fr. Waltemath: Man kann darüber zweierlei Meinung sein, ob die Gründe, die für die Bestrafung der Jugendlichen vorliegen, in der Vorlage hätten mitgeteilt werden müssen. Wenn die Herren Henke und Waigand die Gründe erfahren wollten, so hätten sie einen anderen Weg einschlagen sollen. Ich bezweifle übrigens, daß Herr Henke die Vorlage gründlich durchgelesen hat. Würde er das getan haben, so würde er wahrscheinlich zu einem anderen Ergebnis gekommen sein. (Zuruf.) Herr Henke ruft mir zu, ich hätte eine Frechheit begangen. Oder Herr Henke hätte vorher den Herrn Senatskommissar über die Fragen, die er an ihn zu stellen hätte, unterrichten müssen, dann würde der Herr Senatskommissar sich darauf vorbereitet haben. Das ist doch der übliche Gang, wenn man sich beschweren will. Erstens muß man genau wissen, was in der Vorlage steht, und zweitens muß man von der Anfrage vorher Kenntnis geben. Daß jetzt keine Auskunft gegeben werden kann, läßt sich begreifen. Beschreiten Sie den Weg, dann kann Ihnen Auskunft gegeben werden.

Herr Henke: Ich beschränke mich auf die Bemerkung, daß ich dem Vorredner meine Vorlage gegeben habe, woraus er sehen wird, daß ich die Sätze rot und blau angestrichen habe, wozu ich etwas bemerken wollte. Er wird sich daraus überzeugt haben, daß ich die Vorlage gelesen habe, und wird sich schämen, mich verdächtigt zu haben.

Die vier Anträge werden angenommen.

Präsident: Ich bitte die Mitglieder des Bürgeramts, nach Schluß der Sitzung hier zusammenzutreten.

Nr. XII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 1918:

Erster Bericht der Deputation wegen des Wohnungs- und Siedelungswesen.

Senatskommissare: die Herren Bürgermeister Hildebrand und Senator Feuß.

Präsident: Hierzu liegt der Antrag Castendyl vor, den ich zu Beginn der Sitzung verlesen habe.

Herr Dr. Wilckens für die Deputation: Herr Präsident! Meine hochgeehrten Herren! Der Bericht der Deputation liegt Ihnen vor, und es ist nicht erforderlich, auf die Einzelheiten des Berichts noch weiter einzugehen. Dagegen möchte ich mir einige erläuternde Worte zu einigen Punkten erlauben, die im Bericht gestreift sind.

Der erste Punkt ist, daß ein starkes Bedürfnis besteht, den Grundkredit zu heben, namentlich für die zweiten Hypotheken. Im Bericht ist darauf Bezug genommen und über die verschiedenen Möglichkeiten berichtet, den Grundkredit besonders für die zweiten Hypotheken zu verstärken. Im Bericht ist gesagt, daß das beste Mittel, hier zu helfen, die Schaffung einer staatlichen Kreditanstalt sei, ähnlich wie eine solche in Oldenburg besteht. Der Bericht ist schon vor einiger Zeit abgefaßt. Aber die Verhältnisse liegen jetzt noch genau so wie seit mehreren Jahren, daß nämlich eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit besteht, bei Neubegründung einer staatlichen Kreditanstalt deren Pfandbriefe zu verkaufen, wodurch sie allein das Hypothekenskapital beschaffen könnte. Es müssen daher andere Wege gesucht werden, um das Kapital dem Bauparkt mehr zuzuführen. In letzter Zeit sind aber verschiedene Anstrengungen in dieser Richtung gemacht im Reich und im Königreich Preußen durch weitgehende Bürgerschaftsübernahme. Es bleibt zu unteruchen, inwieweit dies bei uns in Bremen auch möglich ist. Man kann beobachten, daß, während das Kapital für den Hypothekenmarkt bisher nur sehr spärlich vorhanden war, sich jetzt viel Kapital für diesen Markt zeigt. Allerdings gilt das augenblicklich nur für Gelder gegen erste Hypotheken. Dagegen wäre es sehr wohl möglich, Kapitalisten auch für zweite Hypotheken willig zu machen, wenn ihnen eine Garantie des Staates geboten würde. Es lassen sich in dieser Beziehung noch keine bestimmten Vorschläge machen, vielmehr ist es Sache der zukünftigen Beratungen des Wohnungsamtes, die Sache vorzubereiten.

Dann ist ganz besonders von großer Wichtigkeit die Lösung der Frage der Wohnungsnot. Auch diese Frage ist im Bericht nur gestreift. Man kann wohl sagen, daß jetzt nicht ein Wohnungsmangel, sondern eine Wohnungsnot zutage getreten ist. Das Einigungsamt, das unter dem Vorsteher eines Amtsrichters tagt, wird immer stärker in Anspruch genommen. Sehr viele Wohnungen werden gekündigt, und seit dem 1. Januar sind mehrere hundert Fälle vor das Einigungsamt gebracht worden, bei denen der gekündigte Mieter die Räumung zum Kündigungstage weigert, weil der Mieter effektiv keine Wohnung bekommen kann. Noch ein wichtiger Punkt, der im Bericht nur gestreift ist. In der jetzigen Zeit können überhaupt keine neuen Wohnungen gebaut werden. Jedenfalls würde während des Krieges wie in der ersten Zeit nach dem Kriege das Bauen sehr teuer sein, wir müssen für längere Dauer auf hohe Preise gefaßt sein. Auf diesen Punkt

müssen wir unser besonderes Augenmerk richten. Es muß ein höherer Beamter angestellt werden, der Referent für das Wohnungsamt ist. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn der Beamte angestellt ist, die richtigen Vorschläge gemacht worden werden, um eine wirklich großzügige Wohnungspolitik zu betreiben. Ich glaube, daß es dringend notwendig ist, die Anträge der Deputation anzunehmen und gleichzeitig die Deputation zu beauftragen, unverzüglich mit der Anstellung des Beamten und der Einrichtung des Wohnungsamts vorzugehen. (Beifall.)

Herr Lauts: Herr Präsident! Meine Herren! Ich kann meine Genugtuung zum Ausdruck bringen über den Antrag, der heute der Bürgerschaft vorliegt, weil er sich ungefähr wörtlich deckt mit dem Antrage, den ich vor einem Jahre in der Bürgerschaft eingebracht habe. Ich bedauere nur, daß er seiner Zeit nicht angenommen wurde, weil dadurch ein ganzes Jahr verloren gegangen ist. Ich bedauere auch, daß der Bericht die Frage der Geldbeschaffung, soweit die allgemeine Bautätigkeit in Frage kommt, nicht näher erörtert und nicht zur Lösung geführt hat.

Ich habe zunächst mit Herrn Dr. Böhmerts Bericht die Befürchtung, daß die vielen Aufgaben, welche jetzt alle Fragen des Wohnungsamts und des Siedelungsamtes betreffen, für eine Behörde zuviel sein würde. Ich habe mich eingehend mit der Sache beschäftigt und komme zu derselben Ueberzeugung wie Herr Dr. Böhmert. Ich möchte daher eine Trennung insofern vorschlagen, daß die Tätigkeit soweit die allgemeinen Wohnungsfragen berührt werden, nach zwei Richtungen getrennt werde: einmal die Sorge für die vorhandenen Wohnungen und dann die Sorge für die neu zu schaffenden Wohnungen. Die Sorge für die vorhandenen Wohnungen muß dem Wohnungsnachweis unterstellt werden und Hand in Hand gehen mit der Wohnungsaufsicht. Diese Wohnungsaufsicht ist eine polizeiliche Maßregel und braucht daher die Deputation mit dieser Aufgabe nicht befaßt werden. Wir haben aber, wie Herr Dr. Böhmert sagt, das Statistische Amt, wo nicht allein das nötige Personal, sondern auch die übrigen Einrichtungen für die Führung eines Wohnungskatasters vorhanden sind. Wir haben augenblicklich in Bremen für die ganze Tätigkeit der Deputation für die Stadterweiterung auf dem Grundstücksmarkt keine wirklich zuverlässige Grundlage für irgend eine Disposition, es fehlt uns gänzlich eine wirklich genaue Uebersicht über den Wohnungsmarkt. Wenn wir morgen ein Grundstück im Osten aufschließen, kann es sein, daß wir gerade im Westen Wohnungen gebrauchen, und umgekehrt, darüber fehlt uns jegliche wirklich zuverlässige Angabe. Es werden ja die Wohnungen gezählt und nach den Straßen und Stadtteilen angeführt, aber diese Zählung wird nur einmal im Jahre vorgenommen und bietet für die Tätigkeit auf dem Wohnungsmarkt keine genügende Grundlage. Wir können in dieser Weise nicht erfolgreich arbeiten. Wir könnten aber viel Geld

sparen und überhaupt ganz anders wirken, wenn wir eine gute Grundlage schaffen. Wir sollten dabei Zwischenstufen vermeiden, die als Regel viel Geld kosten und schließlich doch nicht das leisten, was sie leisten sollen. Wir sollten deshalb ein Wohnungskataster errichten. Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen:

dem Antrage der Deputation auf Seite 18 des Berichts unter 3 hinzuzufügen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, das Statistische Amt mit der sofortigen Herstellung eines Wohnungskatasters und dessen Weiterführung zu beauftragen bewilligt und die dazu erforderlichen Mittel auf das Budget des Statistischen Amtes für das laufende Rechnungsjahr nach.

Leider spricht Herr Dr. Böhmert in seinem Bericht nur von „jedenfalls nicht unerheblichen Kosten,“ ich habe leider heute nicht mehr erfahren können, wie hoch sie sich belaufen dürften, da Herr Dr. Böhmert infolge eines Trauerfalles nicht in Bremen ist. Ich habe deshalb in meinem Antrage keinen bestimmten Betrag angeführt, denke aber, das wird kein Unglück sein und wird Sie nicht abhalten, den Antrag anzunehmen.

Wie Herr Dr. Wildens schon erwähnt hat, stehen wir ohne Zweifel nicht nur vor einem scharfen Wohnungsmangel, sondern meines Erachtens direkt vor einer Wohnungsnot. Wir in Bremen unterhalten uns seit 1912 über das Wohnungswesen und jetzt, im Jahre 1918, sind wir schließlich soweit, daß der heutige Antrag kommt. Schon 1912 wurde von einem bevorstehenden Mangel an Wohnungen geredet, der andererseits bestritten wurde. Doch steht fest, daß vor dem Kriege schon wenig gebaut wurde und seit Ausbruch des Krieges von 1914 bis jetzt keine neuen Wohnungen hinzugekommen sind. Tatsächlich aber bestand, wie aus verschiedenen Berichten hervorgeht, schon vor dem Kriege, wenn nicht eine Wohnungsnot, doch ein Wohnungsmangel! Deshalb ist es unsere Pflicht, jetzt mit aller Kraft und allen Mitteln so schnell als möglich dahin zu arbeiten, daß der möglichen Wohnungsnot in irgend einer Weise vorgebeugt oder sie ganz verhindert wird; das erscheint aber bei dem langsamen Arbeiten der Staatsmaschine leider sehr zweifelhaft. (Sehr richtig!) Bestimmtes läßt sich für die Zukunft nicht sagen, aber wir müssen erfahrungsgemäß damit rechnen, daß nach Friedensschluß eine größere Zahl von Eheschließungen erfolgt, auch müssen wir auf eine Belebung der Industrie gefaßt sein. Alles deutet also darauf hin, daß wir mit einer ernststen Wohnungsfrage zu tun haben werden. Ob wir darüber hinwegkommen werden, läßt sich erst sagen, wenn wir ein Wohnungskataster angelegt haben, und damit eine genaue Uebersicht über die vorhandenen Wohnungen erhalten. Ohne eine solche können wir keine Entscheidungen treffen. Auch der Industrien müssen wir gedenken, welche wir eventuell nach Bremen hinzuziehen uns bemühen werden. Durch jede neue Industrie mehrten sich die Wohnungsschwierigkeiten in Bremen noch mehr. Wenn aber

morgen bei uns angefragt werden sollte: Wenn wir mit 2000 bis 3000 Arbeitern nach Bremen kommen, können wir dafür auf Wohnungen rechnen? so ist keiner von uns in der Lage, darauf eine bestimmte Antwort geben zu können. Nun haben wir im Osten gesehen, daß plötzlich Friedensschluß eingetreten ist, während im Westen noch weitergekämpft wird, aber es kann auch im Westen plötzlich eine Wendung in den Ereignissen eintreten, wir können den lange ersehnten und erhofften Friedensschluß plötzlich haben. Darum müssen wir schnell arbeiten. Morgen wird es ein Jahr, daß über diese Frage hier verhandelt ist, und heute, genau nach einem Jahre, liegt uns erst der Bericht vor. Wertvolle Zeit ist verloren gegangen.

Herr Dr. Wilckens hat die Frage der Geldbeschaffung angeschnitten. Damit steht auch die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in Zusammenhang, auf welche ich noch zurückkomme, ebenso andere Fragen der Uebergangswirtschaft. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir sofort nach Friedensschluß in irgend einer Weise neue Wohnungen schaffen müssen. Gleichzeitig muß es uns aber auch klar sein, daß diese Wohnungen für eine Anzahl Jahre zu teuer sein werden. Einen Ueberblick über die Dauer dieser Zeit haben wir noch nicht, sie wird auf 8—10 Jahre geschätzt. Ich habe mich sehr eingehend mit der Berechnung im Deputationsberichte beschäftigt und versucht, mir ein Bild zu verschaffen über die beste Art, wie man der Schwierigkeit begegnen kann, aber ich bin zu keinem Resultate gekommen, und ändern wird es auch so gehen, und halte ich die bisherige Stellung des Staates in dieser Hinsicht für gefährlich, weil eben niemand eine Berechnung anstellen kann, solange keine Gewißheit herrscht über die in Frage stehenden Punkte der Zinsberechnung und Amortisation; solche Berechnungen müssen aber möglich gemacht werden, da man sonst nicht weiß, was die Sachen kosten. Der Staat sollte aber seine Stellung dahin ändern, daß er nicht wartet, bis die Bautätigkeit auf ihn zukommt, um Wohnungen zu schaffen, sondern er sollte angesichts der Not an Wohnungen, die gegenwärtig herrscht, direkt erklären: Ich bin unter den und den Voraussetzungen bereit, zu den und den Bedingungen eine Hilfe zu leisten. Diese Hilfe müßte bestehen in Hergabe von billigem Grund und Boden, in einer Verringerung der Straßenaufbaukosten und namentlich in der Hergabe von billigem Baugeld. Wir haben ja das Institut des Gemeinnützigen Hypotheken- und Treuhändervereins und die Sparkasse, und es dürfte sich mit diesen Instituten leicht ein Arrangement treffen lassen, daß sie an Bauunternehmer Geld leihen, ohne dafür hohe Zinsen zu berechnen, und ohne selbst einen Schaden zu haben, oder indem der Staat für die Zinsdifferenz aufkommt. Das wäre offenbar für den Staat ein Kriegsoffer, darüber läßt sich nicht streiten, aber die Hauptsache ist, daß wir Wohnungen bekommen. (Sehr wahr!) Immerhin bleibe ich aber nach wie vor bei

dem Grundsatz, den ich schon früher in der Bürgerschaft vertreten habe, daß staatliche Maßnahmen in keiner Weise die private Bautätigkeit beeinflussen sollen, daß auch keine Maßnahmen getroffen werden sollen, die sich als unwirtschaftlich herausstellen. In der Uebergangswirtschaft — einem Zeitraum von vielleicht acht bis zehn Jahren, wir können nicht genau sagen, wie lange sie währt — kann sich der Staat mit einem Zinssatz von $2\frac{1}{2}$ —3% begnügen, auch wenn er selbst 5% bezahlt. Alle drei Jahre müßte die Zinsrate revidiert werden, das könnte sich der Staat vorbehalten. So wäre das absolut kein Geschenk, und das Verfahren wäre auch nicht unwirtschaftlich, und allmählich träten dann die normalen Verhältnisse wieder ein. Wenn der Staat nicht eingreift, dann ist kein Unternehmer imstande, eine Kalkulation zu machen, und keiner wird bereit sein, Häuser zu bauen. (Sehr gut!) Um diese Sache zu beschleunigen, bitte ich den Antrag des Herrn Richter Castendyl anzunehmen. Es besteht bereits in der Deputation zur Revision der Bauordnung eine Uebereinstimmung hinsichtlich eines Entgegenkommens bei Herstellung von kleinen Häusern, betreffend die Mauerstärke und alles mögliche, schließlich aber hat sich eine Differenz über die Geschoßhöhe herausgestellt. Diese Differenz scheint aber auch im wesentlichen aus der Welt geschafft. Machen wir nun ein Notgesetz, das der Bürgerschaft schleunigst vorzulegen ist, dann können sich die Bauunternehmer berechnen, für welchen Preis sie die Häuser herstellen können. Sie müssen bei den hohen Baumaterialpreisen sehr scharf rechnen.

An dieser Stelle möchte ich noch mein Bedauern aussprechen — ich habe das schon lange vorgehabt, habe aber bisher noch keine Gelegenheit dazu gefunden — daß ein getrenntes Wirtschaften auf dem Wohnungsgebiet zwischen der Deputation für die Stadterweiterung, welche die allgemeinen Interessen vertritt, und der Deputation für Häfen und Eisenbahnen im Westen der Stadt an den neuen Häfen stattfindet. Das Gelände dort wird durch die Deputation für Häfen und Eisenbahnen aufgeschlossen und zwar im Interesse von Häfen und Eisenbahnen. Es ist zu bedauern, daß die beiden Behörden keine enge Fühlung miteinander haben, sondern sich eventuell Konkurrenz machen. In dieser Weise ist bei der Deputation für Häfen und Eisenbahnen leider nichts zu machen, sie bildet einen Staat im Staate. Es ist darüber schon verhandelt, aber die Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt.

Sehr wichtig ist auch bezüglich der Wohnungsfrage die Sorge für die Kriegsbeschädigten. Da sollte nicht schematisch entschieden werden, sondern der Staat sollte die Sachen je nach den einzelnen Fällen erledigen, damit unter anderm den Kriegsbeschädigten auch das Haus gefällt. Betrachtet es aber der Staat als eine Ehrenpflicht, für die Kriegsbeschädigten in dieser Weise zu sorgen, so besteht diese Ehrenpflicht auch für die Kriegserwitwen. Herr Rhein hat vor einigen Sitzungen

erklärt, daß er sich mit der Form der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten nicht einverstanden erklären könne. Ich trete den Ausführungen des Herrn Rhein vollständig bei. Die Kriegserwitwen haben jetzt einen gesetzlichen Anspruch allein auf die gesetzliche Rente und sind darüber hinaus auf die Fürsorge angewiesen. Um jeder Mißdeutung vorzubeugen, will ich gleich erklären, daß es mir fernliegt, eine abfällige Kritik an der Fürsorge zu üben, ich will nur einen Mangel beseitigen, ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Fürsorge in jeder Weise das Beste für die Kriegserwitwen will, ich kann mich aber nicht damit befremden, daß sie als Mildtätigkeit austritt, sondern sie sollte von einer Behörde ausgeübt werden, und die Kriegserwitwen sollten ein gesetzliches Recht auf ausreichende Fürsorge haben.

Die Kriegserwitwen werden durch eine Wohnungsnot stark berührt und es wäre deshalb zu begrüßen, wenn auch bezüglich der Heimstättenbeschaffung die Kriegserwitwen ebenso behandelt würden wie die Kriegsbeschädigten. Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Heimstättenbeschaffung für Kriegsbeschädigte im Rahmen der allgemeinen Wohnungsfürsorge auf Kriegserwitwen auszudehnen.

Ich bitte Sie, meine zwei Anträge und den Antrag Castendyk anzunehmen, damit wir möglichst bald mit der ganzen Sache vorangehen können, denn wir dürfen, wie die Verhältnisse liegen, keine Stunde mehr warten, wenn wir nicht einer schweren Not entgegengehen wollen. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall.)

Die beiden Anträge Lauts werden genügend unterstützt.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Hildebrand: Herr Präsident! Meine Herren! Ich freue mich, daß die Vorlage im allgemeinen eine gute Aufnahme bei der Bürgerschaft gefunden hat, und wenn von seiten der Vorredner, speziell von Herrn Lauts eine Reihe von Wünschen geäußert und bedauert ist, daß nicht von der Deputation schon jetzt noch weitergehende Anträge gestellt sind, so findet das bei den Mitgliedern der Deputation lebhaften Widerhall. Auch wir bedauern, daß wir noch nicht in der Lage sind, weitergehende Anträge zu stellen, die Gründe dafür sind im Berichte niedergelegt und von Herrn Dr. Wilkens weiter ausgeführt. Sie liegen in den gegenwärtigen Verhältnissen, und deshalb können einige Wünsche des Herrn Lauts zur Zeit nicht erfüllt werden. Herr Lauts rechnet mit einer großen Wohnungsnot nach dem Kriege. Wir können nicht in die Zukunft sehen, ich glaube aber auch, daß mit einem Mangel an Wohnungen gerechnet werden muß. Wir haben daher nach Möglichkeit dem vorzubeugen und dafür zu

sorgen, daß namentlich die aus dem Kriege heimkehrenden Krieger sich nach dem Frieden in Bremen ansiedeln und so dazu beitragen können, das wirtschaftliche Leben wieder in die Höhe zu bringen. Aber solange die augenblicklichen Verhältnisse bestehen, läßt sich leider nicht sehr viel tun. Die Schwierigkeiten liegen einmal darin, daß Baumaterialien nicht, wenigstens nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind und daß eine Bauerlaubnis jetzt nur in den seltensten Fällen erteilt wird. Selbst wenn der Staat mit helfen wollte, damit Baumaterialien zu erschwinglichen Preisen beschafft werden können, so läßt sich doch zur Zeit die Erteilung der nötigen Bauerlaubnis nicht erzwingen. Es müssen also erst wieder normale Verhältnisse eintreten; aber Vorbereitungen können schon jetzt getroffen werden und sollen getroffen werden. Unsere Anträge, die die Anstellung eines höheren Beamten und die Einrichtung eines Wohnungsamts betreffen, sind gerade solche vorbereitende Maßregeln, und die Deputation wird nicht zögern, andere, wenn sie jetzt auch möglich sind, in Vorschlag zu bringen und weitere Anträge zu stellen. Daß die wichtigste Frage, die Geldfrage, jetzt noch nicht wesentlich gefördert werden kann, scheint auch die Meinung der Herren Vorredner zu sein. Im übrigen glaube ich, man kann der Deputation nicht nachsagen, daß sie zu langsam gearbeitet habe; jedenfalls kann ich Herrn Lauts versichern, daß wir uns auch in Beziehung auf rasche Förderung unserer Aufgaben bemühen werden, alles zu tun, was möglich ist. Was die in der Bürgerschaft gestellten Anträge betrifft, so kann ich meinerseits lediglich persönlich sprechen, aber ich glaube, es wird auch im Sinne der Deputation sein, wenn ich erkläre, daß wir in dem ersten Antrage des Herrn Lauts eine wertvolle Ergänzung unserer eigenen Anträge erblicken. Ob sich die gewünschte Aufstellung aller verfügbaren Wohnungen rasch durch das Statistische Amt machen lassen wird, kann ich freilich nicht beurteilen. Ich würde dankbar gewesen sein, wenn Herr Lauts mich vorher von seinen Anträgen in Kenntnis gesetzt hätte, dann hätte ich mich inzwischen informieren können. Jedenfalls aber stelle ich anheim, den Antrag anzunehmen und hoffe, daß sich in irgend einer Form der Wunsch des Herrn Lauts erfüllen lassen wird. Die tunlichst baldige Einrichtung eines obligatorischen Wohnungsnachweises ist auch in dem von der Deputation übergebenen Berichte des Herrn Direktor Böhmert empfohlen, der jetzt vorhandene freiwillige Wohnungsnachweis ist, wie Herr Dr. Böhmert mit Recht ausführt, ein totgeborenes Kind geblieben. Der Zwang ist hier unentbehrlich, weil es nur dann möglich ist, ein richtiges Bild davon zu erhalten, ob und in welchem Umfange, sowie in welchem Teile der Stadt Wohnungsmangel besteht und wo am nötigsten eingegriffen werden muß. Dieser Antrag des Herrn Lauts hängt danach eng mit dem zusammen, was die Deputation wünscht, und ich stelle anheim, den Antrag anzunehmen.

Dann hat Herr Lauts, ohne einen besonderen Antrag zu stellen, sich darüber verbreitet, in welcher Weise der Staat eintreten müsse, um einem Notstande auf dem Wohnungsmarkte vorzubeugen. Ich glaube, daß diese Frage besonders sorgfältiger Prüfung bedarf, namentlich auch soweit es sich um die Bereitstellung von Vermitteln durch den Staat handelt.

Wir haben in dieser Beziehung seither in Bremen einen Modus angewendet, um den uns die meisten anderen Städte beneiden können, indem wir durch Vermittlung des Gemeinnützigen Hypotheken- und Treuhändervereins nach sorgfältiger und sachkundiger Prüfung Baugelder an tüchtige und solide Bauunternehmer gegeben haben. Wir konnten so den Wohnungsmarkt erheblich fördern. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß offenbar auch der Tätigkeit des Gemeinnützigen Hypotheken- und Treuhändervereins unter den obwaltenden Verhältnissen Grenzen gesetzt sind. Wir haben vor einem Jahre dem Verein, außer den früher bewilligten 800 000 M ein weiteres Kapital bis zu 1 Million Mark zur Vergebung gegen zweite oder auch erste Hypothek zur Verfügung gestellt, und wir haben damit einen Weg beschritten, den auch Herr Lauts für den richtigen hält. Von dieser einen Million hat aber bislang nur eine verhältnismäßig geringe Summe untergebracht werden können, weil es aus den erörterten Gründen nicht möglich war, trotzdem das Geld zur Verfügung stand, Wohnungen zu bauen. Was staatsseitig geschehen konnte, ist also geschehen, und wir können schwerlich eine bessere Form finden, als die, in der seither gearbeitet worden ist. Die Schwierigkeit besteht, wie bereits ausgeführt, darin, daß Baumaterialien jetzt nicht zu beschaffen sind und Bauanträge nicht genehmigt werden. Im übrigen hat gerade die Frage der Beschaffung von Baumaterialien für die Zeit nach dem Kriege, vielleicht auch noch während des Krieges, kürzlich in Berlin eine Kommission beschäftigt, wie man überhaupt wohl sagen kann, daß jetzt alles, was mit der Wohnungsfrage zusammenhängt, die schärfste Beachtung und Aufmerksamkeit findet. So hat sich kürzlich in Weimar eine Versammlung technischer Beamter der Großstädte Deutschlands mit der Angelegenheit beschäftigt, hier ist unter anderem vorgeschlagen, daß man versuchen möge, vorhandene Gebäude einzurichten für geeignete Kleinwohnungen; es ist das eine Anregung, die wohl der Ueberlegung bedarf, weil man dadurch qualitativ gute Wohnungen schaffen würde, während man bei neuen Wohnungen zu vielen Ersatzmitteln hinsichtlich des Materials wird greifen müssen.

Den von Herrn Richter Castendyl gestellten Antrag kann ich auch meinerseits empfehlen. Herr Lauts hat sodann noch Wünsche geäußert betreffs Versorgung der Kriegserwitwen mit Wohnungen. Ich darf daran erinnern, daß das Kapitalabfindungsgesetz, das den Kriegsbeschädigten den Erwerb von Grundstücken erleichtert, auch für die Kriegserwitwen angewendet werden

kann. Unter den Anträgen, die hier bereits gestellt und der Erledigung zugeführt sind, befinden sich auch eine große Anzahl von solchen, die von Kriegserwitwen gestellt sind. In dieser Beziehung geschieht demnach, was geschehen kann.

Was die mit der Wohnungsfrage nicht direkt zusammenhängende Frage betrifft, ob die weitere Versorgung der Kriegshinterbliebenen, speziell der Kriegserwitwen, soweit sie über die Leistungen des Reichs hinaus nötig ist, besser einer Behörde zu überlassen ist als einer freien Organisation, wie wir sie gegenwärtig haben, so wird sie sich im Kreise der Bürgerschaft schwer zur Entscheidung bringen lassen. Nach meiner Ansicht würde eine behördliche Versorgung der Kriegserwitwen leicht etwas schematisches haben. Uebrigens ist diese Frage vor nicht langer Zeit, als es sich um eine einmalige besondere Unterstützung der Kriegserwitwen handelte, auch erörtert worden, und die Bürgerschaft hat damals gegen die jetzige Organisation keine Bedenken gehabt.

Jedenfalls kann ich sagen, das Interesse, das Herr Lauts für die Kriegshinterbliebenen empfindet, ist auch bei mir vorhanden, und auch bei der gegenwärtigen Organisation wird alles geschehen, was möglich ist und alles willkommen geheißen werden, was dazu beiträgt, die Lage der Kriegshinterbliebenen zu verbessern.

Herr Richter Castendyl: Ich kann mich sehr kurz fassen, weil die beiden Herren Vorredner meinen Antrag bereits empfohlen haben. Die jetzt tagende Deputation für die Revision der Bauordnung hält ein Notgesetz, das den Bau von Kleinwohnungen für die Zeit nach dem Kriege erleichtert, für notwendig oder mindestens für wünschenswert. Die Baupolizei hat unter Zuziehung von einigen technischen Beamten und einigen Bürgerschaftsmitgliedern die Vorarbeiten zu einem solchen Gesetz bereits gemacht. Die Deputation für die Revision der Bauordnung hat gerade jetzt die Vorschriften, die in dem Notgesetz eventuell eine Erleichterung erfahren sollen, beraten und zwar unter Mitwirkung einer Anzahl Sachverständiger. Es ist daher jetzt der richtige Zeitpunkt, im Anschluß an diese Beratungen unter Mitwirkung der gleichen Sachverständigen auch das Notgesetz zu entwerfen. Deshalb habe ich den Antrag gestellt, den der Herr Präsident bei Eingang der Sitzung bereits verlesen hat.

Herr Tiedermann: Herr Präsident! Meine Herren! Ueber das Wohnungsweisen hat sich die Bürgerschaft oft unterhalten und oft genug Gelegenheit gehabt, ein Urteil zu fällen. Es ist nicht nötig, heute im einzelnen auf all die Fragen einzugehen, um so mehr, als die Vorredner es auch schon in genügender Weise getan haben. In der Wohnungsfürsorge soll heute ein bedeutender Schritt getan werden. Es soll jetzt ein Wohnungs- und Siedelungsamt geschaffen werden. Diese Einrichtung ist sicherlich von großer Bedeutung

in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Nur meinen wir, daß diese Einrichtung schon längst hätte geschaffen werden sollen. Es ist zu bedauern, daß bisher eine Zentralstelle gefehlt hat, durch die das Wohnungsweisen günstig beeinflusst werden konnte. Diesen Mangel haben wir sehr häufig beklagt. Nun aber soll ja ein Wohnungsamt errichtet werden. Meine Freunde sind einverstanden, haben dabei aber doch einige Bedenken. Sie haben Bedenken, daß nicht ein selbständiges Amt geschaffen, sondern daß das Wohnungsamt der Deputation für die Stadterweiterung angegliedert werden soll. Sie befürchten, daß dadurch die Arbeiten einer guten Wohnungspolitik durchaus nicht beschleunigt werden. Allseitig besteht der Wunsch, daß in der Wohnungsfrage schneller gearbeitet werde, als es bisher geschehen ist; eine besondere Behörde hätte da jedenfalls den Vorzug gehabt. Wir wollen hoffen, daß die Annahme, es könnte die Deputation die Arbeiten verschleppen, daß sie in der Erledigung der Arbeiten nicht schnell genug vorginge, nicht zutrifft. Es wird erwartet, daß die Stadterweiterungsdeputation und das Wohnungsamt alles tun, um die Frage des Wohnungsweizens in jeder Beziehung zu beschleunigen. Auch ein obligatorischer Wohnungsnachweis ist dringend notwendig, schon aus dem Grunde, weil die Behörde sonst nicht wissen kann, wieviel Wohnungen gegenwärtig vorhanden sind und welcher Teil der Bevölkerung von der Fürsorge am meisten zu berücksichtigen ist. Es wird sich vor allem um kleine Wohnungen handeln. Herr Lauts hat darüber schon Ausführungen gemacht, so daß ich nicht weiter darauf einzugehen brauche. Ich will nur unterstreichen, daß heute schon eine Wohnungsnot vorhanden ist, daß in der wohnungssuchenden Bevölkerung darüber große Sorge vorhanden ist. Die Wohnungsaufsicht soll dem Wohnungsamt übertragen werden wodurch eine vorhandene Einrichtung in eine Hand vereinigt wird. Welche Aufgaben das Wohnungsamt sonst noch zu erfüllen hat, wird die Deputation wohl noch festlegen müssen. Weiter wird das Ziel darauf gerichtet werden müssen, in welcher Weise die Aufgaben zu verwirklichen sind. Aus dem Komplex von Fragen, die das Wohnwesen betreffen, ist durch diese Vorlage nur ein kleiner bescheidener Teil der Aufgaben der Lösung entgegengeführt. Eine der Hauptfragen, die Beschaffung der Mittel, mußte ausscheiden, weil, wie angeführt ist, das private Kapital sich von der Bautätigkeit zurückgezogen hat und sich anderen Gebieten zuwendet. Es sind viele Gründe dafür angeführt, auf die hier wohl nicht eingegangen werden könne. Auf eine Gesundung der Geldverhältnisse nach dem Kriege wird große Hoffnung gesetzt, daß auch dann wieder privates Kapital zur Verfügung stehen wird. Wir haben dabei einige Zweifel, weil wir glauben, daß die Kapitalisten ihr Geld in gewinnbringenderen Geschäften anlegen werden. Ebenfalls ausgeschieden werden mußte die Frage: Herstellung von Wohnungen, weil das Generalkommando unseres

Bezirks bereits am 5. November 1916 ein Bauverbot erlassen hat. Ein solches Verbot ist wohl ein noch nie dagewesener Fall in unserer Wirtschaftsgeschichte, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Es ist schon auf den Mangel an Wohnungen hingewiesen, insbesondere an Kleinwohnungen, und Herr Lauts hat gesagt, daß es Pflicht des Staates sei, da für Abhilfe zu sorgen. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten auf die Wohnungsnot hingewiesen, aber immer war man hier beharrlich der Meinung, daß eine solche nicht existiere, eine Wohnungsnot wurde stets geleugnet. Jetzt wird sie uneingeschränkt zugestanden. Herr Lauts hat auf die Aufgaben des Staates hingewiesen und hat gewünscht, daß der Staat durch Hergabe von billigem Bauland, Erniedrigung der Straßenbaukosten vorgehen müßte. Er muß aber noch mehr tun. Er muß in erster Linie dafür sorgen, darauf möchte ich mit Nachdruck hinweisen, daß Schritte eingeleitet werden, die das bestehende Bauverbot aufheben. Ich glaube, jetzt wäre die Zeit dafür gekommen, nachdem ein Teil des Krieges im Osten erledigt ist. Es müssen auch viele Arbeitskräfte freigestellt werden. Ich glaube, es würde vorteilhaft sein, wenn der Senat beim Generalkommando vorstellig wird, das Bauverbot aufzuheben, und weiter versuchen wollte, daß ihm Arbeitskräfte seitens der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden, wozu auch noch die rechtzeitige Versorgung von Baumaterialien, hinzukommt. Herr Lauts hat auf diese Punkte bereits hingewiesen. Ich glaube daher, darauf nicht näher eingehen zu brauchen. Jedenfalls gehören aber auch diese Punkte dazu, die jetzt schneller Erledigung erheischen.

Die aufgeworfenen Fragen sind es aber nicht allein, die geregelt werden müssen, sondern vor allem muß auch dazu Stellung genommen werden, ob der Staat in eigener Regie bauen soll. (Zurufe). Diese Frage ist hier zwar auch schon erörtert worden, aber sie muß doch einmal beantwortet werden. Die Deputation wird sich damit beschäftigen, und ich glaube, jetzt darauf nicht eingehen zu brauchen. Es wird sich ja später Gelegenheit dazu finden, wenn sich die Deputation dazu geäußert hat, ob der Staat den Wohnungsbau in eigene Regie nehmen soll. Was in vielen anderen Gemeinden möglich ist, meinen wir, wird auch in Bremen möglich sein, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Wir erwarten vom Wohnungsamt einen guten Einfluß auf die Wohnungspolitik im allgemeinen.

Wir stimmen den Anträgen der Deputation zu und können auch den heute gestellten Anträgen, soweit sie von Herrn Lauts gestellt sind, unsere Zustimmung geben. Was den Antrag des Herrn Richter Castendyck anbelangt, ein Notgesetz zu schaffen, so weiß ich nicht, ob es ratsam ist, daß wir heute ohne weiteres zustimmen. Es wäre zu wünschen und vielleicht besser, wenn die Deputation sich mit der Anregung beschäftigen würde, ob es notwendig ist, ein solches Notgesetz zu

schaffen. Ich habe große Bedenken gegen ein solches Notgesetz — — —

Präsident: Der Antrag Castendyk lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Revision der Bauordnung zu beauftragen, schleunigst darüber zu berichten, ob es sich empfiehlt, um den Bau von Kleinwohnungen in den nächsten Jahren nach dem Kriege zu fördern, ein Notstandsgesetz zu erlassen und evtl. ein solches Gesetz zu beantragen.

Herr Tiedermann: Nachdem ich daraus ersehe, daß in der Hauptsache ein Bericht gefordert werden soll, kann ich mich damit bescheiden. Ich hatte den Antrag nicht ganz verstanden und geglaubt, das Notgesetz sollte bereits beschlossen werden. Ich kann nur noch bitten, den Anträgen zuzustimmen.

Senatskommissar Herr Senator Feuß: Ich möchte nur wenige Ausführungen machen, um nicht irrtümliche Meinungen in der Bürgerschaft und in der Öffentlichkeit aufkommen zu lassen. Das Stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps und, soweit mir bekannt, auch andere Korpskommandos, haben von sich aus die Frage erwogen, ob nicht die Beschränkung der Bauten bis zu einem gewissen Grade aufzuheben sei. Vor einigen Tagen habe ich an Verhandlungen teilgenommen, die in der Kriegsamtsstelle in Altona stattgefunden haben, worin die Frage der Aufhebung der bestehenden Beschränkungen ernstlich erwogen wurde. Man verkennt gar nicht die Mängel, die jetzt, besonders in bezug auf den Bau von Kleinwohnungen bestehen, und es ist auch in Aussicht gestellt, das Bauen freizugeben, besonders insoweit freizugeben, als es sich auf die Herstellung kleiner Wohnungen bezieht. Ebenso ist auch die Frage der Materialbeschaffung bereits ernstlich erwogen worden. In Berlin hat neulich die Immobilienkreditkommission und eine Kommission wegen Beschaffung von Baustoffen allen Ernstes vorgeschlagen, eine größere Summe aus der nächsten Kriegsleihe zum Kleinwohnungsbau auszulösen und den Einzelstaaten und den einzelnen Gemeinden die Verausgabung zu überlassen. Die Frage ist also bereits im Fluß.

Da ich gerade das Wort habe, möchte ich noch mit Nachdruck betonen, daß die Grundlage der ganzen Frage, die jetzt vorliegt, die ist: Wie beschaffen wir uns Baustoffe? Ich darf daran erinnern, daß von den 10 000 Ziegeleien Deutschlands gegenwärtig nur noch 700 arbeiten, daß die Ziffer also auf 7% gesunken ist. Die Frage, in welcher Weise die Ziegeleien bei den jetzigen Verhältnissen die Produktion wieder aufnehmen können, ist eine außerordentlich schwierige Frage. Vor allem liegt die Schwierigkeit darin, ob den Ziegeleien die erforderliche Zahl der Arbeiter zur Verfügung gestellt werden kann. Es besteht die Absicht, an die Heeresverwaltung heranzutreten mit dem Ersuchen, die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu

stellen. Alle diese Fragen — ebenso gehört auch die Beschaffung von Zement usw. dazu — sind wieder eine Frage der Kohlenlieferung, und auch da sind Schritte eingeleitet, den Reichskohlenkommissar zu veranlassen, die nötigen Kohlen zur Verfügung zu stellen.

Herr Henke: Herr Präsident! Meine Herren! Den Antrag Lauts kann ich unterstützen, den Antrag des Herrn Richter Castendyk nicht, weil ich ihn nicht verstanden habe. Ich glaube, er geht aus — — —

Präsident: Ich will den Antrag noch einmal verlesen.

(Geschicht.)

Herr Henke: Nachdem ich den Antrag jetzt verstanden habe, kann ich ihn unterstützen. Er will im wesentlichen nur einen Bericht darüber, ob es sich empfiehlt, ein Notstandsgesetz zu erlassen, um den Bau von Kleinwohnungen nach dem Kriege zu fördern. Das ist nach dem Kriege von großer Bedeutung, jetzt während des Krieges von keiner Bedeutung, jetzt könnte das nicht ausgeführt werden.

Im übrigen glaube ich auf einige Punkte der Vorlage zurückkommen zu müssen. Zunächst auf das, was auf Seite 21 gesagt ist, daß nämlich das Eigenhaus vor dem Miethause den Vorzug hätte. Ich bedauere das nach wie vor. Ich habe mich früher schon dagegen ausgesprochen und weise diese Anschauung auch heute wieder zurück. Ich bin der Meinung, daß der hohe Preis schon gegen das Eigenhaus spricht. Es steht auf Seite 35 ein Satz, der sehr dagegen spricht. Es heißt da: „Die Neigung zum Erwerb solcher Heimstätten ist freilich, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten sehr gering.“ Die Kriegsbeschädigten haben, soweit sie eingeweiht sind, ein Haar darin gefunden, sich ein Eigenhaus zu erwerben und sich damit eine Last auf den Hals zu laden, die sie sehr schwer empfinden. Es ist nicht so leicht, ein Haus zu verkaufen, es wird zur Last für diese kleinen Leute, die staatsseitig Unterstützung bekommen haben, aber nachher vor der Frage stehen, wie soll ich die Zinsen aufbringen, um als Besitzer existieren zu können? Ich habe mich gewundert, wie auf Seite 25 die Rede davon ist, daß die Unkosten für diese Häuser gering zu schätzen seien, da infolge Sinkens der Arbeitslöhne die Baukosten auch sinken werden. Wenn die Löhne sinken, dann sinken sie nicht nur bei den Bauarbeitern, sondern allgemein. Es ist sehr zu wünschen, daß der Oberbeamte ökonomische Kenntnisse besitzt. Diese hat man besonders bei Senatskommissaren und bei anderen Herren der Regierung oft vermissen müssen. Wenn ein solches Sinken der Löhne eintritt, dann treten sie auch bei den Industrielöhnen ein, und dann würde auch eine Erniedrigung des Einkommens der betreffenden Kriegsbeschädigten eintreten, die doch auch Lohnarbeiter sein werden in den meisten Fällen, und die dann in einer

schlimmen Lage sein werden, wenn sie ein Eigenhaus haben. Ueber das Eigenhaus ist schon sehr viel geschrieben worden, und es bestehen selbst in bürgerlichen Kreisen darüber verschiedene Auffassungen. Ein Mann wie Damaschke hat sich damit befaßt, er steht der Frage sympathisch gegenüber. Er ist der Meinung, daß der Arbeiter, der sich ein Eigenhaus zulegt, sich ins Ungewisse hinein begibt, auch ich bin überzeugt, er wird trübe Erfahrungen machen. Damaschke ist ein Sachverständiger, und wenn er keine Warnung direkt erläßt, so hat er doch Beispiele genug angeführt, die als solche erscheinen. Ich würde raten, nach solchen Beispielen, die von einem Fachmanne gegeben worden sind, es sich sehr zu überlegen, sich ein Eigenhaus zu erwerben. Auch der Zentrumsabgeordnete Jäger, der sich eingehend mit der Wohnungsfrage befaßt hat, rät Arbeitern gelegentlich davon ab, sich ein Eigenhaus zu erwerben. Es kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein, den Arbeitern etwas zu empfehlen, wodurch sie an den Boden gefesselt werden. Ich sage, unsere Aufgabe kann das nicht sein. Ich meine, unsere Aufgabe ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wer kapitalistische Interessen vertritt, der wird einen anderen Standpunkt einnehmen, der wird es begrüßen, wenn z. B. in die Nähe der Actien-Gesellschaft „Weser“ eine Reihe von Eigenhäusern kommen, wodurch die Arbeiter an den Boden gefesselt sind und sich vielleicht gefallen lassen müssen, was sie sonst nicht gefallen lassen würden, wenn sie kein Eigenheim hätten. Ich spreche nach wie vor gegen das Eigenhaus, obgleich ich weiß, daß leider dem Eigenhaus auch im Kapitalabfindungsgesetz der Vorzug gegeben worden ist.

Was ich vorhin von der Erziehungsfrage gesagt habe, das muß ich auch hier von der Wohnungsfrage sagen. Es besteht nicht nur eine Wohnungsfrage, sondern eine Wohnungsnot. Wer die Schriften von Dr. Böhmert kennt, weiß, daß er seit 1900 mehrfach auf diese prekären Wohnungsverhältnisse hingewiesen hat. Er hat darauf hingewiesen, daß das Eigenhaus in Bremen auch tiefgehende Schatten hat, weil der kleine Mann versucht, die Kosten dadurch aufzubringen, daß er Mieter nimmt. Dr. Böhmert hat bei der Wohnungszählung 1900 betont, daß Wohnungen mit drei Räumen 6—10 Einlogierer aufgewiesen haben, und er meint, daß das ein eigentümliches Licht auf unsere bremische Bauweise werfe. Ich glaube, Sie werden alle dieser Meinung sein, besonders wenn Sie die Ausführungen Dr. Böhmerts lesen. Ich bin freilich auch der Meinung, mancher hat darüber geurteilt, wie Herr Leymann und politische Scharfmacher. Leute wie Dr. Böhmert waren in ihren Augen Sozialidioten. Dann hat man auch gemeint, daß die Ueberfüllung im bremischen Eigenhause sittliche Schäden habe, die vermieden werden sollten. Da haben wir auch schon einen Teil von dem, was ich vorhin besprochen habe, nämlich die Einwirkung auf die kommende Generation.

Zweifellos haben wir in vielen Eigenhäusern eine bedauerliche Ueberfüllung, wo von einer normalen Bewohnung nicht die Rede sein kann. Da haben wir die Einwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die heranwachsende Jugend. Dabei kann ein leidliches Familienleben nicht gedeihen. Wenn Sie Kriegsbeschädigten Wohlthaten erweisen wollen, hängen Sie ihm nicht das Eigenhaus auf, das zu Beschränkungen mancher Art führen muß. Es ist vorgeesehen, daß sie nichts von diesen Häusern vermieten dürfen. Damit ist den Leuten wirtschaftlich aber kein Gefallen getan. Gesetzgeberisch ist das nett, wenn man vorbeugt, daß die gesundheitlichen und sittlichen Verhältnisse nicht geschädigt werden. Aber ich befürchte, daß die Revision der Bauordnung, wie sie im Auftrage Richter Castendyff beantragt wird, zu einer Verschlechterung der sanitären Verhältnisse beitragen muß. Unsere Bauart ist derart, daß die Hellhörigkeit sehr groß ist, und wie Herr Dr. Böhmert berichtet hat, ist die Zunahme von Klagen, Fällen, Beleidigungssachen usw. derart, wie es in einer anderen Stadt nicht anzutreffen ist. Er führt aus, mit der hiesigen Bauart, mit der Dünne der Wände usw. ist die große Schalldurchlässigkeit verbunden, daß so viele Leute hören können, was in den Nachbarwohnungen gesprochen wird. Bei Streitigkeiten zwischen den Nachbarn tritt das in Erscheinung, was dann wieder zu Klagen führt. Dieser Uebelstand wird durch die Revision der Bauordnung gefördert. Was ist mit der Revision der Bauordnung gemeint? Es heißt in der Vorlage, stärkere Trennungswände, Decken und Treppen sollen so vorgeesehen werden, daß eine Verbilligung der Baukosten erreicht wird. Ich kann einer solchen Bauweise, die eine Verschlechterung bedeutet, nicht das Wort reden, und wenn der Oberbeamte da sein wird, so wird er diese Sachen nachprüfen, und er wird, so hoffe ich, mit Sachkenntnis das Richtige tun. Er wird auch unsere Wünsche nachprüfen, und deshalb möchte ich den Wunsch geäußert haben, daß er sich gegen eine solche Revision der Bauordnung wendet.

Ich kann auch den Optimismus nicht teilen in bezug auf die Beschaffung des Geldes. Soweit ich aus der Vorlage ersehe, ist für den Anfang gesorgt. Aber wenn in Bremen eine Wohnungsalamität kommt, dann wird es schwierig sein, das Problem in der vorgesehenen Weise zur Ausführung zu bringen. Die Beschaffung der Baugelder wird nach dem Kriege schwieriger sein, wie vor dem Kriege, trotz der Anhäufung des Kapitals während des Krieges, weil nach dem Kriege in anderen Geschäften viel mehr Geld zu verdienen sein wird. Beim Bau von Arbeiterwohnungen wird eine nur geringe Verzinsung des Kapitals erzielt, daher das Stocken der Baulust vor dem Kriege in allen größeren Städten, soweit es sich um Kleinwohnungen handelt, denn da kann der Unternehmer nicht genügend Profite machen. Und so unterblieb es,

daß der Bauunternehmer an den Bau von Kleinwohnungen heranging, deshalb haben wir verlangt, der Staat soll in eigene Regie den Bau von Kleinwohnungen übernehmen. Ich kann nur unterstützen, was mein Nachbar in dieser Beziehung heute gesagt hat. Es ist unbedingt notwendig, daß wir zum Bau von kleinen Wohnungen in Staatsregie kommen, das bedeutet einen guten Teil der Lösung der Wohnungsfrage. Man hat Eigenhäuser in Ulm gebaut und an Arbeiter verkauft und damit böse Erfahrungen gemacht. Nach einigen Jahren fanden sich diese Häuser in dem Besitz von Unternehmern wieder, die Arbeiter hatten sie verkaufen müssen, und die Arbeiter wurden auf die Straße geworfen. Ich bin pessimistisch geworden, nachdem ich die Sache jahrelang verfolgt habe und in der Literatur die Sache nachgeprüft habe. Ich kann nur dringend davor warnen, daß man auf das Eigenhaus zurückkommt.

Herr Lauts hat heute sehr warm für die Lösung der Wohnungsfrage geredet, und ich kann nur wünschen, daß allgemein eine solche Wärme die Herren beseele möge. Wäre dieselbe Wärme früher gewesen, dann hätten wir jetzt nicht diese schweren Sorgen. Jetzt stehen wir vor einer großen Kalamität und sind nicht in der Lage, sie zu beheben. Trotz der Mitteilung des Senators Feuß, der gesagt hat, es schweben Verhandlungen und Erwägungen über die Beschaffung der Baustoffe usw. Wer sich an solchen Aussichten je berauscht hat, hat längst den Razenjammer bekommen. Darauf können wir nichts geben. Es handelt sich darum: ist die konkrete Möglichkeit da, Baustoffe zu beschaffen? Wenn es infolge Mangels von Kohlen nicht möglich ist, die Ziegeleien in Betrieb zu setzen, dann wird es auch nicht möglich sein, Baustoffe zu beschaffen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, bei der Syndizierung und dem Kartell in der Zement- und der Ziegelindustrie werden wir noch sehr schwierige Dinge erleben. Die Löhne der Arbeiter werden sinken, die Profite der Zement- und Ziegeleibesitzer aber nicht, da nach dem Kriege eine kolossale Nachfrage nach diesen Rohstoffen eintreten wird. Die Profite werden in die Höhe gehen und dadurch eine bedeutende Verteuerung der Baukosten eintreten. Also gerade das Gegenteil von dem, was in der Vorlage ausgesprochen wird. Das „soziale Herz“, von dem Herr Bürgermeister Hildebrand sprach, wird sich im allgemeinen nach dem Kriege wenig betätigen. Ich glaube nicht an ein gutes Herz der Menschen, glaube vielmehr, daß die Menschen im allgemeinen sich nach den Verhältnissen richten und auch die allgemeine Notlage benutzen, um sich Nutzen zu verschaffen. Dem kapitalistischen und insbesondere auch dem bremischen Staat müssen auf diesem Gebiete Versäumnisse zum Vorwurf gemacht werden. Seit Jahren haben wir hier in der Bürgerschaft dringend Besserungen gefordert, vor allem, daß dem drohenden Wohnungsmangel abgeholfen bzw. vorgebeugt werde, und daß eine Verbesserung des Wahlrechts und der

Verfassung vorgenommen werde. (Aha!) Es ist aber bisher keine Besserung eingetreten, und man darf auch für die Zukunft die Hoffnungen nicht zu hoch spannen.

Im übrigen kann ich nur erklären, daß ich den Anträgen, die in der Vorlage gestellt sind, zustimme und hoffe, daß wir sehr bald uns wieder mit Wohnungsfragen zu beschäftigen haben werden, daß uns dann konkrete Vorschläge gemacht werden, wie sie besonders von dem Oberbeamten aufzustellen sein werden. Dann werden wir weiter darüber sprechen können. Ich hoffe, daß auch die Anträge, die Kollege Lauts gestellt hat, (Zuruf: Genosse Lauts! Heiterkeit) angenommen werden und daß er Nachfolger finden möge. Dann werden wir größere Hoffnungen für die Zukunft haben dürfen.

Herr Behle: Meine sehr geehrten Herren! Es ist nicht gerade angenehm, über diese Fragen noch in so vorgerückter Stunde zu sprechen. Aber es sind einige Punkte angeregt worden, die mich veranlassen, nochmals kurz darauf zurückzukommen.

Ich möchte Herrn Lauts in der Beziehung zustimmen, daß er sagte, daß die Staatsmühlen etwas langsam arbeiten. Ein Jahr ist es her, seit der Bericht verlangt wurde, und erst jetzt ist derselbe zur Stelle. Also in der Beziehung stimme ich zu und wünsche in dieser Frage künftig etwas mehr Beschleunigung.

Ein zweiter Punkt, der angeregt wurde, ist, daß, wenn mehr Industrien nach Bremen verlegt werden sollten, ein Mangel an Arbeiterwohnungen zu beklagen wäre. Das kann ich bestätigen. Schon jetzt kann ich konstatieren, daß heute nicht nur eine Reihe von Familienvätern, die nach Bremen verzogen sind, keine Wohnung bekommen können, sondern es hat schon eine Reihe lediger Arbeiter die Bureaus der Gewerkschaften überlaufen, weil es ihnen unmöglich war; Unterkommen in Bremen zu finden, namentlich Unterkunft zu einem Preise, der den Löhnen, die sie bekommen, entspricht. Das ist allerdings eine sehr schwierige Frage und wird auch bestätigt dadurch, daß selbst die Großindustrien in großen, langen Inseraten Logis und Unterkunft für ihre Arbeiter suchen. In dieser Frage kann ich Herrn Lauts zustimmen, daß, wenn Bremen so fortschreitet in der industriellen Entwicklung — was ich annehme, und auf Grund der Intelligenz unserer bremischen Arbeiterschaft, auch wünsche — in bezug auf die Wohnungsfrage mehr geschehen muß, als bis jetzt geschehen ist.

Warum ich mich aber besonders gemeldet habe, ist, weil wiederholt die Frage eines Heims für die Kriegsbeschädigten und im Anschluß daran für Kriegervitwen usw. erörtert worden ist. Ich möchte dazu bemerken, daß ich nicht aus Erfahrung sprechen kann, wenn ich z. B. über Erfahrungen am eigenen Hause sprechen sollte, da ich darüber keine Erfahrung habe, weil ich nie ein eigenes Haus gehabt habe. Mir fällt nur auf, daß sehr oft kritisiert wird über das eigene

Haus von Leuten, die selbst ein eigenes Haus haben. Ich würde mir doch kein Haus gekauft haben, wenn ich von vornherein wüßte, daß dabei verschiedenes faul ist. Aus diesem Grunde kann ich aus der Praxis leider nicht reden. Ich kann nur sagen, daß die Meinungen über ein eigenes Haus auch in der Arbeiterschaft sehr weit auseinandergehen. (Sehr richtig!) Es gibt eine Reihe, ja eine große Anzahl von Arbeitern, die den Wunsch haben, ein eigenes Haus zu besitzen, und viele, die ein eigenes Haus haben, die es unter keinen Umständen wieder hergeben wollen. (Sehr richtig!) In dieser Beziehung mögen die Meinungen auseinandergehen. Die Kritik, die heute geübt wurde, kann sich nur darauf beziehen, wenn Arbeiter in der Großindustrie angestellt werden und ein eigenes Haus erhalten, damit sie direkt abhängig vom Betrieb werden, wie ich es in meinen jungen Jahren auf meinen Wanderungen in Essen und Dortmund usw. erlebt habe. So etwas wird von uns und auch von einer Reihe anderer Männer nicht gebilligt, weil dadurch die Freizügigkeit der Industriearbeiter eingeschränkt wird. Das ist vom Standpunkt der Arbeiter eine Beschränkung der Freiheit. Ich weise darauf hin, daß vor 15 und mehr Jahren in Rienburg bei der kolossalen Entwicklung der Glasindustrie die dortigen Glasindustriellen für ihre Arbeiter neben den Hütten Arbeiterhäuser errichtet hatten und bei den großen Lohnkämpfen die Arbeiter mit der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses auch in 24 Stunden die Wohnstätten verlassen mußten. So etwas muß natürlich mit Bitterkeit erfüllen. Heute hat man in solchen Fällen eine andere Auffassung, die den gegenwärtigen Verhältnissen mehr entspricht, die Arbeiter nicht um ihre Unabhängigkeit bringt und sie zu einem Aufgeben ihres häuslichen Lebens zwingt. Aus diesem Grunde sind wir selbstverständlich auch dagegen, Arbeiter neben den Arbeitsstätten anzusiedeln, um sie vom Arbeitgeber abhängig zu machen. Das ist etwas, was in der heutigen Zeit nicht mehr paßt.

Was nun die Sorge für die Kriegsbeschädigten anlangt, so ist es ja leicht, auf die Tribüne zu treten und alles herunterzuhauen und sich selbst nichtstuend bei Seite zu stellen, damit kann man nichts bessern. Viel richtiger ist mitzuarbeiten, als alles in Grund und Boden zu treten. Das habe ich als Realpolitiker nicht getan, ich stehe mitten drin in der Kriegsbeschädigtenfürsorge und versuche seit 2 1/2 Jahren, die Schäden des Krieges zu beheben und zu verbessern. (Bravo!) Seit 3 1/2 Jahren bin ich in der Kriegsbeschädigtenfürsorge tätig. (Sehr wahr!) Da muß ich feststellen, daß ich nicht allein Hunderten von Geschädigten in der Unterbringung von Arbeitsstellen geholfen habe, sondern — erschrecken Sie nicht! — ich habe auch einer Reihe von Kriegsbeschädigten zu einer Ansiedelung nicht verholfen, das sie haben wollten, sondern ich habe in der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Anträge geprüft, geprüft mit besonderer Gewissenhaftigkeit: Ist für diesen Mann die Ansiede-

lung geeignet? (Sehr richtig!) Und erst wenn alle Vorbedingungen erfüllt waren, die notwendig sind, wenn wir volles Vertrauen zu dem Kriegsbeschädigten haben durften in bezug auf die Ansiedelung, erst dann haben wir ihn dem Kriegsministerium für eine Ansiedelung empfohlen. Wir haben ihn dann empfohlen, wenn der Mann, der ein Haus erwerben will, der doch in seiner Arbeitsfähigkeit oft sehr geschwächt ist, von Frau oder Kindern unterstützt wird, wenn er mit ihrer Hilfe das Land ausnutzen kann, wenn er so in der Lage ist, sich eine Existenz zu schaffen, die ihm seine Einnahmen so hoch bringt, als es früher im gesunden Zustande der Fall war. Wenn so verfahren wird, kann kein verständiger Mensch gegen die Ansiedelung Kriegsbeschädigter etwas einwenden. (Sehr richtig!) Ich will noch mitteilen, daß Kriegsbeschädigte bei mir waren und mir sagten: Lieber Behle, warum habt Ihr in der Kriegsbeschädigtenkommission das abgelehnt, daß wir ein Haus bekommen? Und da habe ich offen und frei erklärt: Ich besonders habe für die Ablehnung plädiert, weil Ihr Euch eine Last aufbürden würdet, der Ihr später nicht gerecht werden könntet, laßt aus diesem Grund die Finger davon. Und nach genauer Prüfung und Auseinandersetzung waren die Leute selbst der Meinung, daß es so besser sei. Wenn ausdrücklich gesagt wird, daß in Anbetracht der Zahl der Kriegsbeschädigten die Zahl derer, die sich um ein Eigenhaus beworben haben, gering sei, so ist das natürlich. Sie wissen, daß wir uns in den letzten Jahrzehnten zu einem Industriestaat entwickelt haben, und daß das Gros der Kämpfer aus Industriearbeitern besteht und daß aus diesem Grunde auch das Gros der Kriegsbeschädigten Industriearbeiter sind. Landwirtschaftliche Arbeiter haben wir auch einen Teil, aber nicht soviel. Prozentual ist die Zahl der Industriearbeiter größer, und bei den Beratungen über Kriegsbeschädigte stellen wir in den Vordergrund, den Mann, wenn möglich, in seinem Beruf zu erhalten. (Sehr richtig!) Nur dann, wenn die körperliche Verletzung so schwer ist, daß es nicht möglich ist, ihn in seinem Berufe zu belassen, versuchen wir, ihn in einem ähnlichen Berufe unterzubringen, und bei unserer technisch hoch entwickelten Industrie, besonders in der Metallindustrie, wo 26 - 30 verschiedene Gruppen sind, können wir jeden Schmied, jeden Schlosser, Werkzeugmacher und was er sonst ist, in einem Nebenberufe unterbringen, weil die Maschine in sehr vielen Fällen die Arbeit des Menschen übernimmt. Und wenn es da möglich ist, die Kriegsbeschädigten in einem Nebenberufe unterzubringen, wäre es leichtsinnig, den Mann anzusiedeln. Aus diesem Grund ist es natürlich, daß die Zahl derjenigen, die bisher sich ansiedeln wollten, verhältnismäßig gering ist, weil das Gros der Arbeiter aus der Industrie kommt, und die wenigen, die aus der Landwirtschaft kamen, selbst Landwirte waren. Wir haben auch beraten über gering beschädigte Leute, die aber in der Landwirtschaft noch ihre Tätigkeit vollbringen konnten

so daß es aus diesem Grund mit den Verhältnissen zusammenhing, wenn die Zahl der nach einem Eigenhause Begehrenden noch nicht sehr groß ist. Dazu tragen natürlich nicht die Gründe, die man allgemein annimmt, bei, sondern daß man von vornherein die Leute überzeugt, daß die Erwerbung eines Eigenhauses nur Wert hat, wenn die Vorbedingungen vorhanden sind. In diesem Sinne wirken wir, und ich kann konstatieren, daß wir in Bremen mehrere tausend Fälle von Kriegsbeschädigten beraten und mehrere tausend, in erster Linie Arbeiter, auch bereits Unterkunft gefunden haben. (Bravo!)

Bezüglich der Beschaffung von Geldern zu Bauzwecken will ich erklären, auch da wäre nichts geschehen, wenn wir uns in die Ecke gestellt und geschimpft hätten über das, was wir nicht ändern können. An dem Kriege und dessen schlechte Folgen sind wir nicht schuld. Davon sind wohl alle überzeugt, und wer noch nicht überzeugt ist, den erinnere ich an den Prozeß des russischen Kriegsministers Suchomlinoff, daraus ging hervor, daß wir nicht schuld am Kriege waren, und daß wir deshalb die Folgen auf uns nehmen und uns so gut wehren mußten, wie es uns möglich war. Und wenn wir uns alle beiseite stellen würden, dann wäre noch nichts geschehen zur Besserung unserer Lage. Für alle im Baugewerbe vorkommenden Berufe, auch die der Metallarbeiter, haben wir uns wiederholt mit den Vertretern der Arbeitgeber zusammengesunden und in Bremen und Hamburg Sitzungen abgehalten über die Frage, wie können wir der Wohnungsnot abhelfen und der Beschaffung von Baugeldern Vorschub leisten, um nach dem Kriege eine intensive Tätigkeit für das Baugewerbe zu entfalten. Und ich muß feststellen, daß die Arbeitgeber und -nehmer sich einig sind. Die Pläne sind fertig, und an die Reichsregierung und an den Bundesstaat ist man mit den notwendigen Anträgen und Wünschen herangetreten, so daß nach Beendigung des Krieges das getan wird, was getan werden kann. Dazu haben ohne Zweifel die Gewerkschaften nicht wenig mit zu beigetragen.

Außerdem haben wir, wo wir irgend Einfluß gewinnen konnten, namentlich bei den Versicherungsanstalten, Gewicht darauf gelegt, Mittel zur Verfügung zu stellen, und die Hanseatische Versicherungsanstalt hat bereits in der letzten Sitzung neben der früher bewilligten Summe eine größere Summe zur Verfügung gestellt, die lediglich zum Bau von Kleinwohnungen verwendet werden soll, welche nach Beendigung des Krieges verwandt werden, so daß also nach dieser Richtung alles geschehen ist, was wir von Arbeiterseite tun konnten. Ich glaube also, daß nach Beendigung des Krieges eine intensive Tätigkeit im Baugewerbe entfaltet werden wird.

In bezug auf die Kriegserwitwen will ich auch noch ein paar Worte verlieren, weil hunderte von Kriegserwitwen an mich herangetreten sind, und ich persönlich

als Mitglied der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch das Interesse der Kriegserwitwen vertreten habe, daß, soweit es in meinen Kräften stand, auch das geschehen ist, was unter den Kriegsverhältnissen geschehen konnte, und daß keine Kriegserwitwe erklärt hat, das sei gar nichts, was für sie getan wäre, sondern sie haben mitgeteilt, daß, soweit es die Verhältnisse zulassen, wir ihre Interessen vertreten hätten. Es ist nicht so, wie Herr Lauts sagt, daß die Zahl nicht groß ist, sondern wenn Sie berücksichtigen, daß die Zahl der Toten bereits eine siebenstellige Zahl erreicht hat, und daß schließlich die Zahl der Kriegsbeschädigten größer sein wird, als die Zahl der Gefallenen, man auch hier ruhig sagen kann, die Zahl der Kriegserwitwen wird eine große sein, und wir alle Veranlassung haben zu versuchen, alles zu tun, was möglich ist, um den Wünschen und berechtigten Ansprüchen der großen Zahl der Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen in irgend einer Form gerecht zu werden. Soweit es zur Zeit in diesen schweren Zeiten des Krieges möglich war, haben wir es versucht und wollen es auch künftig tun. Wenn aber Ihrerseits in bezug auf den Wohnungsbau, auf Beschaffung von Geldern und die Beschleunigung des Wohnungsbaus noch etwas geschehen kann, möchte ich ersuchen, das zu tun, da wir in dieser Beziehung auf Grund der Verhältnisse jedenfalls nicht genug tun können. (Lebhafte Bravo!)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Herr Henke.

Der Schluß wird genügend unterstützt.

Herr Henke (über den Schluß): Ich bitte, den Schluß nicht anzunehmen. Ich werde nur sehr wenige Worte sagen. Aber ich bitte, mir die Möglichkeit dazu nicht zu nehmen.

Der Schluß wird abgelehnt.

Herr Henke: Herr Präsident! Meine Herren! Ich kann und will in das Selbstlob des Vorredners nicht einstimmen. In der Beurteilung der Fragen, mit denen er sich beschäftigt hat, gehen unsere Ansichten weit auseinander. Es kommt mir auch nicht darauf an, was er während des Krieges getan hat und künftig tun wird, das geht mich nichts an, und was er glaubt, künftig den Arbeitern raten zu müssen (Zurufe), was ich festzustellen habe, ist folgendes: die deutsche Sozialdemokratie hat bis zum Kriege die Frage so beurteilt, wie ich sie beurteilt habe, und ich beurteile sie heute noch so. Geändert hat sich nicht die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokratie, das konnte auch nicht der Fall sein, weil die Verhältnisse, die zur Ablehnung des Eigenhauses führten, sich nicht gemildert, sondern verschärft haben. Die Entwicklung der Macht des Kapitals geht weiter und spricht nicht für den Erwerb eines Eigenhauses. Wer das nicht begreift und nicht begreifen will, mit dem herumzustreiten habe ich

keinen Anlaß. Wenn der Vorredner weiter bemerkt und darauf anspielt, als ob ich ein eigenes Haus besäße, so kann ich persönlich die Bemerkung machen, daß ich weder ein Eigenhaus gehabt habe, noch jetzt eins besaß. (Zurufe.) Das ist eine Tatsache, und mein Hintermann könnte es Ihnen bestätigen. (Zurufe.) Sie brauchen es nicht glauben; wer mir nicht glauben will, der läßt es. Wenn der Vorredner meint, damit etwas besonderes getan zu haben, daß er einzelnen Kriegsbeschädigten geraten hat, ein Eigenhaus zu erwerben und anderen nicht, wie die Prüfung der Verhältnisse es ergab, so stehe ich auf anderem Boden. Die Einkommenverhältnisse eines Arbeiters sind flüchtig, und wenn der Arbeiter imstande ist, sich ein Eigenhaus zu erwerben und es für ihn von Vorteil zu sein scheint, — ich sage scheint — dann können sich seine Einkommenverhältnisse leicht verschlechtern. Dann wird sich aber leicht die Beschränkung seiner Freizügigkeit bitter rächen. Dazu möchte ich nicht beitragen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Herr Dr. Wilkens (Schlußwort): Ich will mich nicht noch auf lange Ausführungen einlassen, sondern nur bemerken, daß gewiß alle Mitglieder der Deputation damit einverstanden sind, daß die Anträge Lauts und Castendyff angenommen werden. Ich betrachte sie als wichtige und erfreuliche Ergänzungen der Anträge der Deputation.

Sodann möchte ich mir noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Henke erlauben. Ueber den Wert des eigenen Hauses sind auch die Herren Sozialdemokraten verschiedener Meinung. Die einen urteilen darüber aus der Theorie, die anderen aus der Praxis. Und so sehr diejenigen Herren, die in Theorie arbeiten, das eigene Haus abfällig beurteilen, so sehen wir mit großer Genugung, daß die Männer der Praxis, die Herren, die besonders das Vertrauen der Arbeiter besitzen und an die sich die Arbeiter als an ihre Berater wenden, ganz anders darüber urteilen. In dieser Beziehung scheint Herr Behle sehr trefflich unterrichtet zu sein, ein Mann, mit dem auch die Bürgerlichen freudig und gern zusammen arbeiten und sich von ihm auf Grund seiner Kenntnis der Arbeiterverhältnisse in ihren Anschauungen bereichern lassen. Das, was Herr Henke sagte, daß das eigene Haus bei den Arbeitern unbeliebt sei, trifft nicht zu; im Gegenteil, es ist außerordentlich beliebt bei sehr vielen Arbeitern. Schließlich kommen die Leute doch immer mehr zu der Ueberzeugung von dem Wert

des eigenen Hauses in gesundheitlicher und anderer Beziehung. Die gesundheitlichen Vorzüge werden unter anderem erwiesen durch die Resultate der militärischen Aushebungen. In Bremen, wo das eigene Kleinwohnhaus stark vertreten ist, beträgt die Zahl der Militärfähigen 60%, während in anderen Bezirken, wo man eigene kleine Häuser wenig oder gar nicht findet, wie in Berlin, der Prozentsatz nur 38 beträgt. Auch der Unfriede zwischen den Bewohnern der Häuser, von dem Herr Henke gesprochen hat, ist keineswegs in den eigenen kleinen Häusern stärker als anderswo. Das eigene Haus trägt wesentlich zur Förderung des Glücks seiner Bewohner bei. Erfahrungsgemäß haben auch die Häuser, in denen sich nur Mieter befinden, ein viel schlechteres Aussehen als die Häuser, in denen der Eigentümer mitwohnt. Diese besondere Schonung des eigenen Hauses ist ein bedeutender Faktor von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung, der zur Beliebtheit des eigenen Hauses ganz besonders beiträgt. Was Herr Henke vorgetragen hat, entspricht der alten Bewegung „Los von Grund und Boden“, der Anschauung, daß das eigene Haus nicht im Interesse der Arbeiter wäre, weil sie dadurch ihre Unabhängigkeit verlören. Das eigene Wohnhaus darf natürlich kein Mittel zur Knechtung der Arbeiter sein. Das ist es aber auch in Bremen nicht, schon weil bei dem großen Bestande von 34 000 Eigenhäusern die kleinen Häuser in Bremen jederzeit verkäuflich sind. Ob das eigene Haus noch mehr zur Geltung kommen wird, hängt in erster Linie davon ab, daß es nicht zu teuer im Preise ist. Ich will aber nicht weiter darauf eingehen, sondern nur noch darauf hinweisen, daß unsere Aufgabe durch Annahme des Antrages noch nicht erfüllt ist, sondern daß das Wohnungsamt mit uns alle diejenigen Aufgaben lösen soll, die in bezug auf die Wohnungspflege an uns herantreten. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Vorlage anzunehmen. (Beifall.)

Die beiden Anträge der Deputation werden angenommen.

Der Antrag Lauts, betreffend ein Wohnungskataster, wird angenommen.

Der Antrag Lauts, betreffend die Ausdehnung der Heimstättenbeschaffung auf Kriegserwitwen, wird angenommen.

Der Antrag Castendyff wird angenommen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 37 Minuten.

